Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (02.07.2004)

# Sand im Getriebe 35

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

*rtf/.pdf-Version unter* ***www.attac.de/rundbriefe*** *html-Version unter* ***www.attac-austria.org/sig/sig.php*** *email an die Redaktion*: **sig@attac.de**




# Strategische Herausforderungen

Wir haben einen Neuen. Horst Köhler, Schreibtischtäter, ehemaliger Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF). Wenige Stunden vor seiner Amtsübernahme stellte sich Köhler hinter Bundeskanzler Gerhard Schröder und die Agenda 2010. "*Der Kanzler hat politischen Mut gezeigt*", sagte Köhler im ARD-"Morgenmagazin". Er fügte hinzu: "*Die Richtung der Agenda 2010 ist richtig, und es geht jetzt darum, dass diese Richtung fortgesetzt wird, mit Konsequenz und Stetigkeit*." Er habe keinen Zweifel, dass sich das auszahlen werde, auch wenn dies nicht über Nacht gehe. Auszahlen - für wen? ATTAC-D hat gegen diesen **Apostel des Neoliberalismus** schon *vor* seiner Wahl eine Kampagne geführt und gegen seine Inthronisierung am 1.7. in Berlin medienwirksam protestiert (siehe Foto). Machen wir ihm das Leben schwer!

**Themen:**



ATTAC ist bald 5 Jahre alt und ein nachdenklicher Blick zurück tut gut. "*Trotz ihrer Erfolgsgeschichte steht die globalisierungs-kritische Bewegung jetzt vor* ***strategischen Herausforderungen****, deren Bewältigung die Voraussetzung für die Fortsetzung ihres Erfolgskurses ist.*
*Einige Fragen von strategischer Bedeutung sind:*
*- Wie ist ein produktiver Umgang mit* ***Vielfalt*** *und Pluralismus in der Bewegung möglich?*
*- Wie können neue Formen der* ***Demokratie*** *in der Bewegung entwickelt werden?*
*- Wie kann der* ***internationalistische*** *Anspruch verwirklicht werden?*
*- Wie geht man das große Thema ‚**Alternative(n)**' an?* " (Peter Wahl, S.3)

Vor allem: Wie kann unser **internationalistischer Anspruch** die

Tagespolitik durchdringen? Medico International analysiert die Widersprüche, die von der Globalisierung erzeugt werden, so: "*Im Norden wie im Süden führt (sie) zu einer rapide wachsenden Massenarmut, wenigstens aber zur Prekarisierung immer größerer Teile der Gesellschaft.*" "*Eine solidarische Sicherung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im nationalstaatlichen Rahmen (ist) weder zu verteidigen noch gar auszubauen – es sei denn, man bekenne sich unumwunden zur strukturellen Ausgrenzung der Mehrheit der Weltbevölkerung von den Ressourcen des Überlebens.*" (S.9) Statt dessen gäbe es ein "***demokratisch auszuhandelndes weltgesellschaftliches Interesse***", von dem alle lokalen Initiativen abgeleitet werden müssten und in dessen Namen eine "***demokratische Kontrolle der globalen Arbeitsteilung*** " gestaltet werden solle. Auch Werner Raetz warnt: "Man kann das Armutsproblem und seine Lösung nicht national denken. Das Armutsproblem ist international produziert. Es wird lösbar nur von der Peripherie her gedacht".(S.11)

Das ist kontrovers und bietet genug Stoff zur Diskussion auf den **Sommerakademien** in Mürzzuschlag (ATTAC-AU), im Kanton Wallis (ATTAC-CH) und Dresden (ATTAC-D) (S.15) und auf dem Europäischen Sozialforum im Herbst in London (S.23 ).

**ATTAC-Schweiz** hat erfolgreich mobilisiert gegen den Sozialkahlschlag in der Schweiz. „**'Geohrfeigt**!' übertitelte am 17. Juni die Genfer Tageszeitung Le Courrier auf der ersten Seite ein Foto der beiden Schweizer Finanz- und Sozialminister. Und tatsächlich: Am 16. Juni erteilte die stimmberechtigte Schweizer Bevölkerung dem Willen der Regierung, die Sozialversicherungen und die öffentliche Daseinsvorsorge weiter abzubauen, eine deutliche und dreifache Abfuhr." (S. 16)

Nicht nur in der Schweiz, überall sehen wir förmlich einen Wettlauf, die Steuern der Reichen zu senken. Es geht allerdings auch anders. Es gibt alternative Konzepte: z. B. die **Solidarische Einfachsteuer** (national) (S19) und die Tobin-Steuer (international) (S.20)

Der politische Wind weht von rechts. Die Versuche des Kapitals, die **Arbeitzeit** zu verlängern, ohne Lohnausgleich, werden immer unverfrorener. "*Für einzelne Unternehmen mag es verlockend sein, von ihren Belegschaften längere Arbeitszeiten zu fordern. Eine allgemeine Arbeitszeitenverlängerung verstößt aber gegen die Arbeitszeitwünsche der meisten Menschen und würde zentrale gesellschaftliche Probleme nicht lösen, sondern nur weiter verschärfen*."(S.24)

Große Herausforderungen, den Widerstand zu verstärken!



Die Redaktion wird auf der Sommerakademie von ATTAC De in Dresden anwesend sein (Sa 31.7. ab 15 Uhr)
(**http://www.attac.de/sommerakademie2004/**)
Themen des Workshops: Austausch mit Mitgliedern der Redaktion von Sand im Getriebe
Kooperationsmöglichkeiten mit der Redaktion.
Einbeziehung von Beiträgen aus Ortsgruppen in eine Beilage von Sand im Getriebe
Ausblick: Veröffentlichungsstruktur von ATTAC-De: Qualität der Attac-Basistexte; Bilanzierung und Vorschläge (Zeitung?)


*Wir danken den Attacies, die mit ihren Vorschlägen und ihrer Mitarbeit diese Nummer überhaupt erst möglich gemacht haben. Wir danken coorditrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen,.*
*Die Redaktion dieser Nummer: Marie-Dominique Vernhes, Peter Strotmann (Attac Deutschland), Barbara Waschmann (Attac Österreich;) Johannes Gruber (Attac Schweiz)*

*Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis* **Bezugsbedingungen:**

– Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an sig@attac.de
– Rechnungsbetrag (inkl. Porto) **einer** Lieferung:.1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 5 €, 3 Hefte: 7 €, ab 4 Hefte: 2 € pro Heft, ab 10 Hefte: 1,80 € pro Heft

Abonnement: 14 € für 6 Ausgaben.
– Das Verschicken erfolgt NACH dem Eingang des Betrags auf das Konto:
Kontoinhaber: Förderverein für Attac in Hamburg e.V., Kontonummer: 211 000 000, BLZ: 43 06 09 67

Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG
Auf dem Überweisungsschein unbedingt angeben: SIG und die bestellte(n) Nummer(n).

Peter Wahl

# Vor neuen Herausforderungen

## Zu einigen strategischen Problemen der globalisierungskritischen Bewegung

Das **Entstehen der globalisierungskritischen Bewegung** ist – wie alle sozialen Bewegungen – Ausdruck tiefgreifender gesellschaftlicher Umbruchprozesse. In diesem Fall der neoliberalen Globalisierung. In seinem Kern bedeutet dieser Prozess eine neue Qualität kapitalistischer Entwicklung. Aber unabhängig davon, wie man ihn im Einzelnen theoretisch interpretiert, Tatsache ist: Er führt zu dramatischen Veränderungen, die die großen gesellschaftlichen Strukturen ebenso erfassen wie den lebensweltlichen Alltag der Individuen auf dem ganzen Planeten. Kapitalistisch verfasst, produziert die Globalisierung viele Verlierer und wenige Gewinner. Es ist daher nicht überraschend, dass es zu Gegenreaktionen kommt.

Spätestens mit den spektakulären Protesten von **Seattle** 1999 nahm die „Bewegung der Bewegungen" deutliche Konturen an. **Die globalisierungskritische Bewegung steht in den Traditionen der Aufklärung, des Humanismus, der Friedensbewegungen und der so genannten „Neuen Sozialen Bewegungen" wie Umweltbewegung, Feminismus und Solidaritätsbewegung**. Die Träger der sich formierenden Bewegung sind ein politisch und weltanschaulich heterogener loser Verbund unterschiedlichster Akteurstypen – eine Art Regenbogenkonfiguration. Das Spektrum reicht von sozialen Bewegungen, wie die der Landlosen und Bauernbewegung Brasiliens und Südindiens über kirchliche Milieus, Einpunktbewegungen wie die Jubilee Kampagne, kritische Wissenschaftler, José Bovés Gruppe gegen Fastfood, gewerkschaftliche Sektoren, zahlreiche NGOs – wenn auch nicht alle – bis zu den Zapatisten. Wie für erfolgreiche soziale Bewegungen typisch, erfasst sie inzwischen auch einige Teile des politischen Systems, Parteien oder Sektoren von Parteien.

**Die Geschichte der neuen Bewegung** ist eine Erfolgsgeschichte. Zwar hat sie ihre politischen Ziele noch lange nicht erreicht, aber sie wächst in enormem Ausmaß und ist für Millionen von Menschen überall auf dem Planeten zum **Hoffnungsträger** geworden. Sie hat beträchtlich dazu beigetragen, die diskursiven Kräfteverhältnisse in der öffentlichen Meinung zu verschieben und die Akzeptanz des neoliberalen Projekts zu mindern.

Einer der sichtbarsten neuen Bewegungsakteure ist **Attac**. Ursprünglich in Frankreich gegründet, gibt es inzwischen in über 30 Ländern Sektionen von Attac. Auch in Deutschland hat Attac einen erstaunlichen Aufstieg vollzogen. Angesichts der Tatsache, dass Kritik an der neoliberalen Globalisierung und ihren deutschen Manifestationen, wie die Agenda 2010, parlamentarisch so gut wie nicht mehr repräsentiert ist, trat Attac zum richtigen Zeitpunkt mit einem innovativen Organisationskonzept auf den Plan und konnte sich erfolgreich als prominentester Exponent der deutschen Globalisierungskritik positionieren.

Einer der größten Erfolge der Globalisierungskritiker in Deutschland besteht darin, dem **DGB** als eine Art Minenhund den Weg aus seiner zögerlichen Unentschlossenheit gegenüber der Agenda 2010 gebahnt zu haben. Noch vor einem Jahr waren die Gewerkschaften mit der Streikniederlage im Osten, der Führungskrise der IG Metall, mickrigen Protesten gegen die Agenda 2010 und einem allgegenwärtigen Gewerkschaftsbashing in den Medien völlig in der Defensive. Selbst jene, die die Agenda 2010 klar ablehnten, hatten nicht den Mut zu offenem Protest, weil sie eine erneute Niederlage befürchteten. Durch die **Berliner Demonstration am 1. November 2003** mit ihren 100.000 Teilnehmern wurde diese Angstblockade gelöst und der Weg zu den Massenprotesten am 3. April 2004 frei.

Aber trotz ihrer Erfolgsgeschichte steht die globalisierungskritische Bewegung jetzt vor **strategischen Herausforderungen**, deren Bewältigung die Voraussetzung für die Fortsetzung ihres Erfolgskurses ist.

Einige Fragen von strategischer Bedeutung sind:

**- Wie ist ein produktiver Umgang mit Vielfalt und Pluralismus in der Bewegung möglich?**

**- Wie können neue Formen der Demokratie in der Bewegung entwickelt werden?**

**- Wie kann der internationalistische Anspruch verwirklicht werden?**

**- Wie geht man das große Thema „Alternative(n)" an?**

Hier kann es im Wesentlichen nur darum gehen, Fragen aufzuwerfen und auf Defizite aufmerksam zu machen. Tragfähige Antworten können letztlich nur in einem kollektiven Bewegungsprozess entstehen.

### 1. Herausforderung Pluralität

Die globalisierungskritische Bewegung ist ein äußerst **heterogenes, diversifiziertes und plurales Phänomen**. Diese Vielfalt bezieht sich auf mehrere Dimensionen:

- die soziale Zusammensetzung der Bewegung, die einen Klassen und Schichten übergreifenden Charakter hat,
- kulturelle, sprachliche, nationale Vielfalt, die sich aus ihrem transnationalen Charakter ergibt,
- die ideologischen, philosophischen und weltanschaulichen Deutungsmuster, deren sich die einzelnen Akteure bedienen und ihre politischen Orientierungen,
- die Akteurstypen und Organisationsformen (Basisbewegungen, Gewerkschaften, NGOs, Verbände, Parteien etc.),
- die politischen Aktionsformen und Politikinstrumente, die von klassischer Methoden der Aufklärungs und Öffentlichkeitsarbeit über Massenaktionen bis hin zu Formen des zivilen Ungehorsams und der kalkulierten Regelverletzung reichen,
- die strategischen Vorstellungen und die Vorstellungen darüber, wie die Alternativen zu den bestehenden Verhältnissen aussehen sollten.

Manches davon ist nicht neu. Auch in der Vergangenheit waren soziale Bewegungen heterogen. Früher oder später

brachten sie jedoch eine Dynamik zur Homogenisierung hervor. Das lässt sich insbesondere für die historisch bisher bedeutendste und am besten erforschte soziale Bewegung, **die Arbeiterbewegung und ihre institutionellen Verkörperungen,** wie Gewerkschaften, Parteien (sozialdemokratische, sozialistische, kommunistische, anarchistische) und sogar Staaten (UdSSR etc.) beobachten. Trotz aller Spaltungslinien gab es **immer einige zentrale gemeinsame Bezugspunkte:**

- eine Theorie/Ideologie; in den meisten Strömungen der Arbeiterbewegung war das der Marxismus, auch wenn der „wahre Marxismus" stets umstritten und seine Interpretation immer wieder die Quelle von Konflikten und Spaltungen war;

- ein institutionelles Zentrum, d.h. „die Partei" oder „Moskau". Auch wenn dies von anderen nicht immer anerkannt war, so war die Idee des Zentrums als solche in allen Lagern hegemonial;

- eine große Alternative zum Kapitalismus, die sozialistische/ kommunistische Gesellschaft.

Die Arbeiterbewegung hatte diese gemeinsamen Grundlagen allerdings nicht von Anfang an. In ihrer Entstehungsphase im 19. Jahrhundert war sie ebenfalls äußerst heterogen. Dennoch wäre es zu kurz gegriffen, im Analogieschluss zu meinen, die gegenwärtige Vielfalt sei nur eine notwendige Durchgangsphase hin zu einem homogenen Akteur, wie es die großen Strömungen der Arbeiterbewegung (Sozialdemokratien, Kommunisten, Anarchisten etc.) waren. Ja, es ist sogar fraglich, ob dies noch ein wünschenswertes Ziel sein kann. In Homogenität liegt die Tendenz zur Uniformität und zu Monokultur. **Die Lebens- und Überlebensfähigkeit dynamischer Systeme** – und ein solches ist auch soziale Bewegung –, ihre Fähigkeit, flexibel auf Veränderungen zu reagieren und Innovation hervorzubringen, sind **nur auf der Grundlage von Diversität möglich**. Hier liegt ein wesentlicher Grund für das Scheitern der traditionellen, um Homogenität zentrierten Politik und Organisationstypen.

Aber selbst wenn man diese grundsätzliche Fragestellung einmal ausblendet, so ist ohnehin **nirgendwo eines jener klassischen Elemente in Sicht, das für die politische Homogenität konstitutiv war**:

- es gibt nicht die Theorie, wie dies früher zumindest annäherungsweise der Marxismus war, nicht das Programm, das Kommunistische Manifest des 21. Jahrhunderts,

- es gibt kein gesellschaftliches Gegenmodell – weder konzeptionell noch real existierend – zum Kapitalismus, es sei denn, man wollte sich auf die VR China, Kuba oder Nordkorea beziehen,

- es gibt kein Zentrum, weder geografisch noch politisch,

- es gibt nicht das Subjekt der Veränderung, wie dies einmal die Arbeiterklasse war,

- es gibt nicht mehr die Organisation, wie dies einmal die Partei – sozialdemokratisch oder kommunistisch – war.

Die **Zukunft** emanzipatorischer Bewegung kann also nur noch **plural** gedacht werden. Und in der Tat findet diese Feststellung – von wenigen Ausnahmen abgesehen – heute breite Zustimmung. Allerdings scheint es, dass dieser Konsens recht abstrakt und wenig reflektiert ist. Was bedeutet Pluralismus? In der bewegungspolitischen Praxis stößt man immer wieder auf recht unterschiedliche Vorstellungen. Wenn man eine Typologie linken **Pluralismusverständnisses** macht, ließen sich folgende Grundmuster identifizieren, wobei im wirklichen Leben natürlich vielfach Grauzonen und Überlappungen vorkommen:

a) **taktische Akzeptanz von Diversität** als vorübergehendes Übel, das unter Bedingungen konkurrierender Interessen und gegebener Kräfteverhältnisse in der Bewegung hingenommen werden muss. Gleichzeitig aber wird alles getan, um die anderen Strömungen in der Bewegung mit machtpolitischen Instrumenten (Mitgliederzahl, finanzielle Mittel, überlegene Organisiertheit, Zugang zu Medien etc.) zu übertreffen. Man wartet nur auf die Gelegenheit, irgendwann doch die Führung zu übernehmen und zur dominierenden Kraft zu werden.

Diese Art konfliktiver Kooperation ähnelt in ihrer Struktur dem Kalten Krieg, bei dem angesichts des atomaren Patts eine Durchsetzung des eigenen Systems nicht möglich war. Unterhalb der Schwelle der direkten militärischen Auseinandersetzung aber wurde versucht, die Kräfteverhältnisse zu eigenen Gunsten zu verschieben, um sich dann doch noch irgendwann durchzusetzen.

Dieser Denktypus findet sich nach wie vor in einigen Gruppen und Parteien oder parteiähnlichen Strukturen, die implizit oder explizit Avantgardekonzepten anhängen, aber auch in einigen großen Organisationen, die sich für den „natürlichen" Hegemon in den Bewegungen halten. Allerdings gibt es auch bemerkenswerte Beispiele für die Einsicht, dass dieses Denken nicht mehr den Realitäten entspricht. So sagte der Vorsitzende der italienischen Rifundazione Comunista, Fausto Bertinotti, 2002 in Porto Alegre: „Die politischen Kräfte der Linken, Kommunisten und andere, müssen aufhören, in Kategorien von ideologischer Vorherrschaft und Avantgardismus zu denken und zur Kenntnis nehmen, dass dies ein excathedra-Verhalten ist, das niemand mehr hinzunehmen bereit ist."

b) **Zielgruppenorientierte, klientelistisch motivierte Pluralität**. Hier sehen unterschiedliche Positionen sich als zueinander komplementäre und arbeitsteilige Elemente eines Gesamtprojekts, das nach außen hin mittels Pluralität unterschiedliche Sektoren der Gesellschaft erreichen bzw. einbinden soll. Die einzelnen Strömungen haben ein Interesse, ihre eigene Identität aufrecht zu erhalten, zumindest solange ihre Zielgruppen oder ihre Basis dies fordert. Allerdings ist darin eine Tendenz zum Statischen angelegt. Veränderungen entstehen in der Regel nur durch macht-politische Verschiebungen, wie in Punkt a) beschrieben. Bekannt ist dieses Pluralismusverständnis seit langem aus den Volksparteien, die auf diese unterschiedliche Weise Wählerschichten für sich zu mobilisieren vermögen.

c) **Diversität als desinteressierte Koexistenz**. Dieser Ansatz betrachtet soziale Bewegung als Markt der Möglichkeiten, auf dem man seine eigenen Ideen und Vorschläge feilbietet, ohne sich auf einen politischen Prozess mit anderen Akteuren einzulassen und dabei eine Veränderung der eigenen Positionen in Erwägung zu ziehen. Auch besteht hier keine Verpflichtung, sich zu einem gemeinsamen „Großen und Ganzen" bekennen und zu seiner Verwirklichung beitragen zu müssen. Dieses Pluralismusverständnis ähnelt der Liberalität des Speakers Corner oder der „Spielwiese", wo jeder sagen kann was er will. Auf Dauer ist diese Art toleranter

Koexistenz jedoch undynamisch und politisch unproduktiv. Allerdings kann sie als Eingangs und Durchgangsstadium durchaus einen Stellenwert haben. Denn das Prinzip der Toleranz ist für plurale Bewegung natürlich von zentraler Bedeutung.

d) **Pluralität als Produktivkraft**. Dieser Ansatz interpretiert Differenz nicht als Unfähigkeit, Rückständigkeit oder eine andere Erscheinung subjektiver bzw. kollektiver Unzulänglichkeit, sondern als Reflex einer in sich pluralen und widersprüchlichen Wirklichkeit. Allerdings werden hier die Unterschiede miteinander in Reibung gebracht und in diskursiven Verfahren bearbeitet, um sie möglichst in einen Konsens zu überführen. Dies erfordert die Fähigkeit, Differenz akzeptieren und aushalten zu können. Das ist mehr als klassische Kompromissbereitschaft, wie sie auch in Typ a) und b) notwendig ist. Dieses Pluralismusverständnis setzt die Bereitschaft zu lernen und zur Veränderung eigener Positionen voraus. Letztlich liefe es darauf hinaus, Hegemonie, d.h. Meinungsführerschaft, durch Konsens zu erzeugen, und zwar durch die Überzeugungskraft von Argumenten, ohne machtpolitische Mittel. Sicher handelt es sich hier um ein normatives, ideal-typisches Konzept, das nie vollständig realisiert werden kann. Als Leitbild aber, dem man sich in der Praxis anzunähern versucht, ist es ein zentrales Element einer neuen, emanzipatorischen Politik.

Es kommt heute also darauf an, Pluralität als ein methodisches Prinzip im Bewegungsalltag und als politische Produktivkraft für die Entwicklung der großen Linien der Politik wirksam werden zu lassen. Dann könnte aus dem schönen Slogan „Vielfalt ist unsere Stärke“ Wirklichkeit werden.

Dazu ist allerdings die **Herausbildung einer politischen Kultur notwendig,** die nichtmachtförmige Verfahren einer emanzipatorischen Diskussionskultur, der partizipativen Konsens und Entscheidungsfindung ermöglicht. Gebraucht werden entsprechende Methodenkompetenz, Kommunikationsverhalten und Verfahren der Konfliktbearbeitung.

Vor allem die **traditionelle Linke** – wenn auch nicht nur sie allein – hat hier noch einige historische Altlasten zu entsorgen. Sie muss ihre unseligen historischen Traditionen des Polemisierens und der persönlichen Abwertung von Andersdenkenden, der Intoleranz und Rechthaberei, wie sie leider auch die großen Vordenker des Marxismus gegenüber Differenz und Dissidenz innerhalb der eigenen Bewegung häufig praktizierten, überwinden.

Erst auf der Basis der Akzeptanz eines echten Pluralismus wird es möglich sein, jenen Grundbestand an Gemeinsamkeit, der emanzipatorische Politik ausmacht und der die Voraussetzungen für gemeinsame Handlungsfähigkeit ist, zu entwickeln und zu erhalten.

## 2. Ambivalenzen partizipatorischer Demokratie

Die Erkämpfung der **repräsentativen Demokratie** gegenüber dem Feudalismus war **ein großer zivilisatorischer Fortschritt**. Ihre Struktur und Verfahrenslogik haben sich auch im zivilgesellschaftlichen Bereich durchgesetzt. Heute funktioniert jeder Kaninchenzüchterverein und jeder Sportclub via Vereinsgesetz nach ihrem Bilde. Auch die herkömmlichen Organisationsmodelle der alten und neuen sozialen Bewegungen bis hin zum demokratischen Zentralismus der kommunistischen Parteien orientierten sich zumindest in der Theorie am Repräsentativmodell. Alternativen, wie z.B. das Rätesystem oder die Basisdemokratie der Grünen blieben Episoden.

**Andererseits erweist sich das repräsentative Modell immer stärker als Hindernis für zivilgesellschaftliches Engagement**. Wie zahlreiche empirische Studien, darunter die Shell-Jugendstudien, belegen, wollen sich immer weniger Menschen und vor allem immer weniger junge Menschen in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden betätigen. Das **Gefühl, nur ein Rädchen in einem großen Getriebe zu sein,** die Aussicht, wirklichen Einfluss nur nach einem langen und aufopferungsvollen Marsch durch die Institutionen zu erlangen, hält immer mehr Menschen davon ab, politisch aktiv zu sein. **Die Ansprüche an Mitreden, Mitmachen und Mitgestalten sind enorm**. Im Kern ist dies eine positive Entwicklung. Sie verweist auf ein beträchtliches **demokratisches Potenzial** und bildet eine Motivationsressource für politisches Aktivsein. In der Substanz handelt es sich also um ein emanzipatorisches Phänomen, dem eine zukunftsfähige linke Politik Rechnung zu tragen hat. Hierarchische und zentralisierte Organisationsmodelle werden dem nicht gerecht. Stattdessen sind **Netzwerkförmigkeit und Dezentralität angemessen – freilich bei einem Minimum an Koordination und einem Höchstmaß an Transparenz**.

**Attac versucht, seine Strukturen in diese Richtung zu entwickeln**. Auch die internationalen Foren der globalisierungskritischen Bewegungen, wie das europäische und das Weltsozialforum funktionieren nach dem gleichen Verfahren. Vieles trägt experimentellen Charakter.

Eine tragende Säule des partizipatorischen Ansatzes ist dabei das **Konsensprinzip.** Es besagt, dass politische Entscheidungen in einem – gewichteten – Konsens getroffen werden. Gewichtet bedeutet, dass nicht 100 Prozent einer Entscheidung zustimmen müssen. Das liefe auf ein Veto für einzelne oder sehr kleine Minderheiten hinaus. Es bedeutet in der Regel, dass so lange diskutiert wird, bis ein Konsens erzielt wird. Zeichnet sich ab, dass die Differenzen unüberbrückbar sind, kann keine Entscheidung gefällt werden.

Von besonderer Bedeutung ist hierbei, dass die demotivierende Wirkung, die Mehrheitsentscheidungen bei der Minderheit meist hervorrufen, sich bei Konsensentscheidungen nicht entfalten kann. In einer Bewegung, wo die Beteiligung möglichst vieler an den gemeinsamen Aktivitäten unverzichtbar ist, ein entscheidender Vorteil. Denn sich gegen seine Überzeugung für etwas einsetzen zu müssen, erfordert Disziplin, Selbstüberwindung u. a. Sekundärtugenden, wie sie im Bild des „Parteisoldaten“ verkörpert sind. Dieser Verhaltenstypus ist aber immer weniger anzutreffen. Und wahrscheinlich ist das gut so.

Insgesamt zeigen die Erfahrungen, **dass das Konsensprinzip durchaus funktioniert**. Zwar kommt es nicht bei allen Themen und in allen Fragen zu Übereinstimmung und damit zu gemeinsamer Handlungsfähigkeit, aber im Großen und Ganzen funktioniert das System. Andernfalls hätte die Bewegung auch nicht die Erfolge, die sie hat, sondern wäre paralysiert.

Einer der Gründe für das Funktionieren liegt sicher auch darin, dass mit dem **Internet** ein neues Medium zur Verfügung steht, das den Interessen der globalisierungskritischen Bewegung sehr entgegenkommt. Es ist zu einem Element der Bewegungsinfrastruktur geworden, das in seiner Bedeutung meist unterschätzt wird. Das Netz ersetzt bis zu einem gewissen Ausmaß Leistungen, wie Information, Orientierung, Transparenz, Interaktivität etc., die unter traditionellen Kommunikationsbedingungen mühsam und unter hohem Aufwand bereitgestellt werden mussten. Eine Kampagne kann heute durch das Web derart rasch und effizient Mobilisierung zustande bringen – auch transnational –, wie dies unter früheren Bedingungen allenfalls große Staats oder Parteiapparate vermochten.

**Andererseits sind die Affekte gegen Strukturen und formalisierte Verfahren auch höchst ambivalent**. Die Absenz von offiziellen Regeln öffnet nämlich **auch Räume für informelle Hierarchien und Machtstrukturen**. Und in der Tat ist die Diversität der Bewegung gleichzeitig die Quelle von Asymmetrien. Gut organisierte und mit personellen und finanziellen Ressourcen sowie politischem Know How und fachlicher Expertise ausgestattete Akteure können zu mehr Einfluss kommen als andere. Manchmal handelt es sich um NGOs, in einigen Ländern auch um politische Parteien. Insofern ist die Realität der globalisierungskritischen Bewegungen von Hybridstrukturen geprägt, **einer Mischung von partizipatorisch-basisdemokratischen und konventionellen Strukturen**. Ein Beispiel dafür ist die professionelle Medienarbeit von Attac. Zwar ist sie einerseits ein wichtiges Moment für den Erfolg des Projekts, andererseits erlaubt die Dynamik der Medien und deren Zwänge im Einzelfall nur bedingt demokratische Konsensfindung.

Unter Effizienzgesichtspunkten haben beide Komponenten wechselseitig Synergieeffekte hervorgebracht und das Gesamtprojekt befördert. Insofern ist auch das Argument, Attac oder die globalisierungskritische Bewegung brauchten **feste, repräsentative Strukturen**, um effizient und handlungsfähig zu sein, nicht zutreffend. Als Teil eines übergreifenden Ganzen sind **solche Strukturen ja vorhanden.** Anders als in rein konventionellen Formationen ist ihre Bedeutung jedoch relativiert. Zwar ist das Risiko, dass es zu einer faktischen Dominanz von NGOs oder parteiförmigen Organisationen kommt, nicht ganz auszuschließen. Aber da diese damit zugleich den Ast absägen würden, auf dem sie sitzen, relativiert sich wiederum auch dieses Risiko.

Andererseits werden basisdemokratische Puristen in dieser Hybridkonstruktion ebenso wenig ihre Idealvorstellungen verwirklicht sehen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass das Thema Demokratie unterschwellig permanent und von Zeit zu Zeit auch als offen konfliktives präsent ist.

Allerdings besteht kein Grund, das partizipatorische Moment per se als nur positiv zu sehen – auch nicht unter Demokratiegesichtspunkten. Der bereits erwähnte geringe Regelungsgrad öffnet nicht nur „informellen Mechanismen der Macht“ (Bourdieu) von ideell und/oder materiell ressourcenstarken Akteuren Räume. **Die Partizipation als solche birgt das Risiko der „Aktivistendemokratie**“. Selbst ohne jegliche machtpolitischen Motive führt die Tatsache, dass bestimmte Gruppen, z.B. Studentinnen und Studenten oder Seniorinnen und Senioren allein aufgrund ihrer Lebenssituation mehr Zeit in politische Arbeit investieren können, dazu, dass sie in eine dominierende Position gelangen können. Andere, die aus familiären und/oder beruflichen Gründen weniger Möglichkeiten politischer Arbeit haben, werden in der Tendenz in den Hintergrund gedrängt. Damit einher geht die Gefahr, dass nach wie vor sehr wichtigen Bevölkerungsgruppen nur unzulänglich in der Bewegung widergespiegelt werden.

Ein weiteres Problem der geringen Formalisierung ist, dass es **keine Ausschlussverfahren** gibt. Schiedskommissionen u. ä. existieren nicht. Bei aller politischen Pluralität findet diese doch ihre Grenzen an Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus u. a. reaktionären Ideologien. Und da Demokratie nicht nur eine Frage von Strukturen und Regeln, sondern auch von politischen Inhalten ist, können offene Strukturen hier ein Problem bekommen.

Banaler, wenn auch im Alltag lästiger ist das Problem, dass die Offenheit der Strukturen auch Personen und Gruppen anlockt, die dem **Skurrilen, Bizarren und Exzentrischen** zuneigen. Da sie in „normalen“ Organisationen leichter ausgefiltert und marginalisiert werden können, sind offene Strukturen besonders attraktiv für sie.

## 3. Herausforderung Internationalisierung

Dass die globalisierungskritische Bewegung international ist, scheint auf den ersten Blick eine tautologische Formulierung zu sein. Richtig ist, dass sie praktisch auf allen Kontinenten vertreten ist. Tatsache ist auch, dass sie sich an internationalen oder globalen Regierungsevents wie die G8 oder die Konferenzen von WTO, IWF und Weltbank in großen Protestaktionen physisch artikuliert. Auch hat es **erfolgreiche internationale Kampagnen** gegeben, wie die gegen das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) in der OECD. Auch war ihr Agieren in Seattle und in Cancùn ein Faktor für das Scheitern der WTO-Verhandlungen. Eine wichtige Bedingung für diese Erfolge war die gut funktionierende Vernetzung von NGOs, die hier eine internationale Bewegungsinfrastruktur bildeten.

Eine neue Qualität internationaler Kooperation waren die parallelen **Demonstrationen gegen den Irak-Krieg** mit Millionenbeteiligung in vielen Ländern am 15. Februar 2003. Allerdings ist hier einschränkend festzuhalten, dass die Massenmedien und die Gegenseite mit den live übertragenen spektakulären Auftritten im Weltsicherheitsrat ein wesentlicher Mobilisierungsfaktor waren.

Die globalisierungskritische Bewegung hat durch das **Weltsozialforum und die kontinentalen Sozialforen** inzwischen aber auch Ansätze entwickelt, ihre Vertreter und Vertreterinnen ohne den Katalysator von Protest und Gegenveranstaltung in direkte face to face Kommunikation zu bringen.

Die Bewegung konnte auf diesem Weg das Meinungsklima auch international beeinflussen, **von einer transnationalen Interventionsfähigkeit ist sie jedoch noch weit entfernt**. Bisher wird internationale Handlungsfähigkeit meist nur beschworen. Nationale, kulturelle und andere Besonderheiten

haben noch immer ein Gewicht, das weithin unterschätzt wird. Das macht sich bereits auf europäischer Ebene bemerkbar, wo die Voraussetzungen dafür eigentlich am günstigsten sind, da die EU das avancierteste Projekt supranationaler Staatlichkeit ist.

So war z.B. der **europäische Aktionstag** am 3. April diesen Jahres, zu dem der Europäische Gewerkschaftsbund und die Europäische Versammlung der Sozialen Bewegung aufgerufen hatten, zwar mit einer halben Million Menschen in Berlin, Stuttgart und Köln ein großer Erfolg – in Deutschland. In den anderen Ländern der EU fand jedoch sehr wenig oder nichts statt. Das gilt für die sozialen Bewegungen noch mehr als für die Gewerkschaften. Noch verläuft die Dynamik der gesellschaftlichen Auseinandersetzung nicht synchron. Und wenn in Italien Generalstreiks gegen neoliberale Angriffe stattfinden, so kann es anderswo ruhig bleiben, bzw. eine Mobilisierung findet zu einem anderen Zeitpunkt statt. **Der Mobilisierungsrhythmus wird primär noch immer von nationalen Strukturen und Dynamiken bestimmt**. Auch bei der europäischen Verfassungsdebatte oder beim Thema Osterweiterung ist gemeinsames Handeln bisher nicht möglich gewesen.

Die kommunikativen Schwierigkeiten, wie Sprachbarrieren, kulturelle und politische Differenzen sowie hohe Transaktionskosten für konkrete Kooperation sind noch immer ein Hindernis auf dem Weg zu gemeinsamer Interventionsfähigkeit. Selbst zwischen den einzelnen Mitgliedern der europäischen Attac-Familie existieren nur rudimentäre Mechanismen des transnationalen Dialogs und der Kooperation. **Der praktische Internationalismus ist also noch immer eine Herausforderung, für deren Bewältigung die konkreten Instrumentarien fehlen**.

## 4. Alternativen

„Eine andere Welt ist möglich“ lautet der Hauptslogan der globalisierungskritischen Bewegung. Er ist das Kontrastprogramm zur Ideologie der Alternativlosigkeit zum neoliberalen Projekt. Allerdings ist die Bewegung über diese emotionale und ermutigende Parole bisher nicht wirklich hinausgekommen. **Nach wie vor ist sie weitgehend auf Negation, auf Kritik und Abwehr orientiert**.

Eine Wende wird aber nur eintreten können, wenn zur Unfähigkeit der Herrschenden, so weiter zu machen wie bisher, eine **überzeugende Alternative** auf den Plan tritt. Soweit ist das Konsens. Aber damit hören die Gemeinsamkeiten bereits auf. **Denn was eine Alternative ist, darüber bestehen höchst unterschiedliche Vorstellungen**. Einige der Varianten von Alternative sind (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

a) eine andere Gesellschaft, eine komplette **Systemalternative**, so wie einst der Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus aufgefasst wurde;

b) eine andere Variante von Kapitalismus, die den Neoliberalismus überwindet und an seiner Stelle eine globalisierte Version des „**rheinischen**“, sozialstaatlich orientierten **Kapitalismus** etablieren will;

c) ein **Reformprogramm** von tagespolitischer bis mittlerer Reichweite, etwa wie die Memorandum-Gruppe sie regelmäßig vorlegt. Auch Attac Frankreich hat 2002 ein Programm diesen Typs („Attac au Zénith“, siehe SiG14 und SiG28)) veröffentlicht. Einige Befürworter dieses Typs von Alternative sehen solche Programme als Teil eines langfristigen Transformationsprozesses, entweder über den Neoliberalismus hinaus oder gar hin zu einer anderen Gesellschaft. In Attac Deutschland gibt es eine Strömung, die in gleicher Manier gegenwärtig an einem „Programm für eine alternative Weltwirtschaft“ arbeitet. Die einzelnen Programmentwürfe unterscheiden sich dann noch in ihrer ideologischen und theoretischen Orientierung. So gibt es (neo)keynesianische, wachstumskritische, „radikale“ und „gemäßigtere“ Varianten;

d) ein Set von alternativen **Leitbildern** und Wertorientierungen, wie Solidarität, Gerechtigkeit, Demokratie, ökologische Nachhaltigkeit u. a. Protagonisten dieses Ansatzes argumentieren oft, dass sich die Massen für Programme ohnehin nicht interessieren und nur auf zündende Parolen vom Typus „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ oder „Brot, Land, Frieden“ zu mobilisieren seien;

e) eine Kombination aus b. und c. Die Leitbilder für den Massenerfolg und das Reformprogramm als Leitfaden für den Fall der Regierungsübernahme;

f) ein Projekt, das sich um **einen Knotenpunkt** der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung herum kristallisiert und das dann kampagnenförmig Massenunterstützung gewinnen kann; ein solches Projekt wäre z.B. „Steuergerechtigkeit“ oder „Grundsicherung“, die beide sowohl in nationalem Rahmen wie international attraktiv sein könnten;

g) eine Organisation, eine **Partei** oder eine Koalition von Organisationen, die zum Protagonisten der Veränderung wird und entweder in außerparlamentarischen oder/und parlamentarischen Kampf für Veränderung eintritt. Oft – aber nicht zwangsläufig – damit verbunden ist auch die Vorstellung von Alternative(n) in Form einer oder mehrerer prominenter Personen, die sich an die Spitze der Bewegung stellen. Im deutschen Kontext wird dann oft eine neue Linkspartei genannt, mit der Untervariante Lafontaine und Gysi als personelle Speerspitze.

**Einige dieser Punkte sind höchst kontrovers und polarisieren die globalisierungskritische Bewegung**. Gegenwärtig ist das in der deutschen Debatte vor allem das **Parteiprojekt**. Es hat schlagartig zu einer wie auch immer beschränkten, aber höchst intensiven Diskussion geführt. Im europäischen Rahmen oder global kann von einer intensiven Diskussion jedoch noch nicht die Rede sein. Diese ist aber dringend notwendig. Sie muss breit, offen und demokratisch geführt werden. Denn erfolgreiche emanzipatorische Alternativen werden nicht in Zirkeln ausgeklügelt, nicht von Experten und in Kommissionen formuliert, sondern sie entwickeln sich aus der politischen Praxis der Bewegung heraus

Zuerst erschienen in „Z“, Juni 2004

# Jenseits des nationalen Sozialstaats: Weltbürgerliche Solidarität

## medico-Thesen zu einem globalen Projekt sozialer Gerechtigkeit.

Obwohl sich die neoliberale Globalisierung mittlerweile sowohl in einer Akzeptanz- wie einer Funktionskrise befindet, konnte die **Hegemonie neoliberaler Ideologie** bislang nicht nachhaltig erschüttert werden. Ein wesentlicher Grund dafür liegt darin, dass die Kritik an Form und Richtung des Globalisierungsprozesses weitgehend in defensiver Perspektive, d.h. aus der Position einer Verteidigung des klassischen Sozialstaats heraus formuliert wird. Die folgenden Thesen umreißen demgegenüber ein Projekt, dass den Neoliberalismus kritisiert, indem es nicht hinter den erreichten Stand der Globalisierung zurück-, sondern über ihn hinaus will. Die Thesen sind notwendig unabgeschlossen und dienen nur erst der Verständigung.

I.

Die an das Ende der west-östlichen Systemkonkurrenz gebundene Rede vom „Epochenbruch" hat im dritten Jahrzehnt neoliberaler Globalisierung eine sehr viel weitgehendere und tiefere Bedeutung angenommen als zum Ende der 80er Jahre.

Mittlerweile ist unübersehbar, dass der damals manifest gewordene **Bruch** eine grundlegende Umwälzung sämtlicher gesellschaftlicher Verhältnisse im globalen Maßstab markiert. Beseitigt wurde nicht allein die Systemkonkurrenz, sondern auch die Weltordnung, in der sie ausgetragen wurde. Diese Ordnung schien über Jahrzehnte hinweg von der tendenziell weltweiten Durchsetzung der großindustriellen Massenproduktion und eines durch diese ermöglichten Massenkonsums geprägt zu sein, gleichgültig übrigens, ob sie in liberalkapitalistischer, staatssozialistischer oder anderer Form organisiert werden sollte. Zugunsten der Verallgemeinerung sozialstaatlich abgesicherter Lohnarbeit und der auf sie gegründeten Vergesellschaftungsweisen sollte die globale Industrialisierung zur weit gehenden Beseitigung traditioneller Formen der Subsistenzproduktion vor allem im Bereich der Landwirtschaft und der Hausarbeit führen. Auf dem Wege „nachholender Entwicklung" sollte dabei zwischen dem globalen **Norden** und dem globalen **Süden** letztendlich derselbe soziale **Ausgleich** möglich werden, der innerhalb der entwickelten Industriestaaten durch ihre fortschreitende Ausgestaltung zum Sozialstaat erreicht worden war.

**Heute ist klar, dass dieses Projekt im Fortgang der neoliberalen Globalisierung unwiderruflich gescheitert ist:**

- Die von den entwickelten Industriestaaten bewusst betriebene De-Regulierung der Kapital- und Finanzströme und die mit ihr einhergehende Internationalisierung der Arbeitsteilung hat die Standort-Konkurrenz zwischen diesen Staaten soweit entfesselt, dass sie nicht länger Sozialstaaten bleiben konnten, sondern „nationale **Wettbewerbsstaaten**" (J. Hirsch) werden mussten. Deren Ziel aber ist die Schaffung und Garantie der jeweils bestmöglichen Verwertungsbedingungen für ein transnational freigesetztes Kapital – auch und gerade um den Preis des Um- bzw. Rück- und Abbaus sozialstaatlicher Funktionen.

- Die durch die neuen Informationstechnologien ermöglichte Internationalisierung der Arbeitsteilung hat zu einer **strukturellen Massenerwerbslosigkeit** geführt, mit der die materielle Grund-lage bisheriger Sozialstaatlichkeit – die Verallgemeinerung der Lohnarbeit zur tendenziell weltumspannenden „Vollbeschäftigung" – hinfällig geworden ist.

- In den Staaten des **globalen Südens** bedingt die strukturelle Massenerwerbslosigkeit das vollständige **Scheitern** nahezu sämtlicher Modelle „**nachholender Entwicklung**". Diese Staaten konnten und können ihren Gesellschaften gar nicht erst die Möglichkeit einer Verallgemeinerung sozialstaatlich abgesicher-ter Lohnarbeit eröffnen. Die im Versuch der „nachholenden Entwicklung" gleichwohl erfolgte Zerstörung traditioneller Substistenz und die Konsequenzen des unwiderruflich vollzogenen Anschlusses an den Weltmarkt verschärfen die Krise in einer **Verelendungsdynamik** katastrophischen Ausmaßes.

- Im Norden wie im Süden führt das zu einer rapide wachsenden Massenarmut, wenigstens aber zur **Prekarisierung** immer größerer Teile der Gesellschaft. Viele prekär Beschäftigte sind mittlerweile auf den Status sog. „working poor" herabgedrückt, deren Erwerbstätigkeit nicht mehr zur Bestreitung des Lebensunterhalts hinreicht. Weltweit sind deshalb Millionen Menschen gezwungen, sich ihre Möglichkeit des Überlebens in informellen Schattenökonomien zu suchen. Wiederum für Millionen kann selbst diese Möglichkeit nur noch durch Arbeitsmigration realisiert werden. Gleichzeitig wächst unterhalb der für die Informalität wie die Migration geltenden Lebensbedingungen die Zahl derjenigen, die gänzlich von der Hilfe anderer abhängig sind – Kriegs- und Gewaltopfer, Vertriebene, Flüchtlinge, Alte, Kranke und Kinder. Wo jede sozialstaatliche Absicherung und zuletzt noch die Solidarität traditionaler sozialer Netze fehlen, können diese Menschen nur noch auf die Unterstützungsleistungen **karitativer** oder humanitärer Organisationen zählen. Weil die Empfänger solcher Nothilfe keinen Rechtsanspruch auf Sicherung ihres Überlebens haben, sind sie noch dort fremder Willkür ausgeliefert, wo die Hilfe in bestmöglicher Form erbracht wird.

- Die **Schattenökonomien** gehen fließend in **gewaltdurchherrschte** Ökonomien der Kriminalität und des sozialen Kriegs über. In immer mehr Gesellschaften wird die **Bürgerkriegsökonomie** zur Grundlage der gesellschaftlichen Reproduktion überhaupt. Hier ist eine **Spirale** in Gang gesetzt, die auf eine vollständige Zerstörung des Sozialen zielt: das Fehlen jeglicher Sicherheit verstärkt den Zwang zur aktiven Teilnahme an der Gewaltökonomie, treibt wiederum mehr Menschen in die vollständige Abhängigkeit von fremder Hilfe und lässt auch insofern die Migration zum letzten, selbst nicht mehr für alle zugänglichen Ausweg aus barbarischen Verhältnissen werden. Dass hier nicht von –Nebenerscheinungen" oder „Auswüchsen" einer ansonsten gelingenden Gesamtentwicklung, sondern von der maßgeblichen Tendenz des

Globalisierungsprozesses die Rede ist, bestätigt jede Lektüre etwa der einschlägigen UNO-Dokumente.

Konfrontiert man sich unverstellt den Resultaten von drei Jahrzehnten neoliberaler Globalisierung, wird eine Schlussfolgerung unvermeidlich: die selbst in den entwickelten Industriegesellschaften zu keiner Zeit wirklich verallgemeinerte **Lohnarbeit kann nicht länger als zentraler Zugang zu den materiellen und symbolischen Ressourcen des gesellschaftlichen Lebens und den Systemen seiner solidarischen Sicherung gedacht werden.**

Zugleich muss eingeräumt werden, dass trotz des bloß propagandistischen Gehalts jeder Behauptung unumgänglicher „Sachzwänge“ **eine solidarische Sicherung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im nationalstaatlichen Rahmen weder zu verteidigen noch gar auszubauen ist – es sei denn, man bekenne sich unumwunden zur strukturellen Ausgrenzung der Mehrheit der Weltbevölkerung von den Ressourcen des Überlebens.** Für diese Schlussfolgerungen spricht dabei nicht allein die faktische **Unmöglichkeit** eines auf **Vollbeschäftigung** gegründeten nationalen Sozialstaats. Für sie spricht auch die von den sozialen Bewegungen des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts artikulierte Kritik an allen Formen dieses **Staates**, die selbst eine der Ursachen seines Scheiterns war und später von der neoliberalen Ideologie usurpiert wurde:

- Der de facto ja nur in den entwickelten Industriestaaten realisierte nationale Sozialstaat hatte und hat die **asymmetrischen** Herrschafts- und Machtverhältnisse der Weltwirtschaft zur systematischen Voraussetzung: das Versprechen der „nachholenden Entwicklung“ konnte in Wahrheit **nie** gehalten werden. **Der nationale Sozialstaat war insofern ein Privileg der Gesellschaften des Nordens, das mit dem Ausschluss und der Ausbeutung der Gesellschaften des Südens erkauft war.**

- Auf **primär männliche Lohnarbeit** gestützt war der nationale Sozialstaat auch innerhalb der entwickelten Industriestaaten auf das unhaltbare Versprechen „nachholender Entwicklung“ – in diesem Fall des Einschlusses der Frauen in die „Vollbeschäftigung“ – gegründet. De facto war er systematisch an die Beschränkung jedenfalls einer großen Zahl von Frauen auf unbezahlte Reproduktionstätigkeiten und damit auf deren Abhängigkeit vom männlichen „Ernährer“ gebunden.

- Die Lohnarbeit selbst war zu keiner Zeit die allein denkbare oder gar allein wünschenswerte Form des „Lebensunterhalts“ – weder für die Individuen noch für deren gesellschaftliches Leben. Der auf sie gegründete nationale Sozialstaat war deshalb stets ein **autoritärer Staat**; dieser Charakter drückte sich auch in den bürokratischen Formen solidarischer Sicherung aus, die er allein auszubilden in der Lage war.

- Auch **ökologisch** gesehen haben sich sowohl die großindustrielle Massenproduktion wie der durch sie ermöglichte Massenkonsum als desaströse Weise der Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens erwiesen.

**Von daher gilt es auch in der Perspektive einer wirklich nachhaltigen Entwicklung nach Alternativen jenseits von Lohnarbeit, Vollbeschäftigung und nationalem Sozialstaat zu suchen**. Im Rahmen dieses Thesenpapiers kann es schon deshalb nicht darum gehen, solche Alternativen als konkret umsetzbares Modell zu präsentieren, weil ihre konzeptionelle Ausgestaltung wesentlich die Sache der gesellschaftlichen Kräfte sein muss, die zu ihrer politischen Durchsetzung in der Lage sein werden. Im folgenden werden deshalb nur die elementaren Voraussetzungen einer entsprechenden Transformation des Globalisierungsprozesses genannt. Dass eine solche Transformation aber **keine bloße Utopie** noch ein abstraktes Ideal ist, lässt sich an dem Paradox ablesen, das den **Kern der Globalisierung** bildet: eine Dynamik bis dahin kaum für möglich gehaltener **Verelendung** und Entrechtung freigesetzt zu haben, während **zugleich** eine bis dahin ebenso wenig vorstellbare Steigerung des materiellen und symbolischen **Reichtums** erreicht wurde. Die gerade deshalb realpolitisch mögliche Umkehr der Perspektive hängt von daher allein an dem **politischen Willen**, diesen Reichtum nicht länger als einen privaten, sondern als weltgesellschaftlichen Reichtum zu verwenden. In Erwägung folglich,

- dass die strukturelle Massenerwerbslosigkeit nur die Form ist, unter der die gesellschaftliche Arbeit im ausschließlichen Interesse bestmöglicher Kapitalverwertung verkürzt und umverteilt wird, kann eine Lösung der Krise nur durch die **demokratische Kontrolle der globalen Arbeitsteilung** erreicht werden. **Verkürzung der Arbeitszeit** und **Umverteilung der Arbeit** – technologisch offensichtlich längst und im globalen Maßstab möglich - erfolgen dann nach der Maßgabe eines demokratisch auszuhandelnden **weltgesellschaftlichen Interesses**.

- dass die solidarische Sicherung der Teilhabe an der materiellen und symbolischen Sicherung des gesellschaftlichen Lebens nicht länger auf der Grundlage individueller Lohnarbeit in Vollbeschäftigungsperspektive möglich ist, muss die gesellschaftliche **Garantie des Überlebens** als unbedingtes Bürgerrecht eines jeden und einer jeden, genauer: als konkreter Inhalt der Bürgerschaft selbst gedacht werden.

- dass Massenerwerbslosigkeit weltweit Millionen Menschen in informelle Ökonomien gezwungen hat, muss eine Demokratisierung der Arbeitsteilung auch und gerade an diese Entwicklung anknüpfen. Denn neben den gewaltdurchherrschten Sektoren der Informalität gibt es **zahllose familiale oder kommunitäre Netze gegenseitiger Hilfe**, die zum Teil sogar transnational operieren und dergestalt Erfahrungen bereitstellen, die für eine „Globalisierung von unten“ ebenso unverzichtbar sind wie die Erfahrungen, die in den Migrationsbewegungen gesammelt werden. Hinzuzurechnen ist hier der in den letzten Jahren im Norden wie im Süden rapide gewachsene Sektor der von **parastaatlichen oder privaten Einrichtungen geleisteten sozialen Arbeit**, der auch die humanitäre Hilfe einschließt. Nimmt man die primär auf gegenseitiger Hilfe basierenden Formen der informellen mit den gemeinwesenorientierten Formen der sozialen Arbeit zusammen, zeichnet sich das weite Feld einer **solidarischen Ökonomie** ab, deren Stärkung gegenüber der privatwirtschaftlichen wie der staatsverwalteten Ökonomie vorrangiges Ziel einer Demokratisierung der Arbeitsteilung sein muss. Die solidarische Sicherung des Überlebens würde so im Rahmen eines nicht-staatlichen Prozesses der gesellschaftlichen **Selbstorganisation** erreicht, der sich partizipativ, reziprok und subsidiär entfalten könnte, d.h. als Prozess direkter Demokratie.

- dass informelle wie soziale Arbeit gegenwärtig immer auch Teil und Resultat der Prekarisierung des gesellschaftlichen Lebens, der vor allem Frauen zugeteilten Mischformen von Arbeit und Fürsorge sowie der staatlich gedeckten Einführung von Formen der „workfare“ (Zwangsarbeit) sind, ist eine reale Demokratisierung der Arbeitsteilung notwendig an die gesellschaftliche Garantie eines ohne Gegenleistung zuzuteilenden **Grundeinkommens (Bürger- bzw. Existenzgeld, sozialer Lohn, universelle Zuwendung etc.)** gebunden. Dieses soll jeder

Bürgerin und jedem Bürger am Ort des jeweiligen Aufenthalts die Teilhabe an den materiellen und symbolischen Ressourcen des gesellschaftlichen Lebens sichern. Allerdings garantiert auch ein bedingungslos zugeteiltes Grundeinkommen noch nicht die Überwindung prekärer Lebensbedingungen, weil seine konkrete Höhe notwendig ein strategischer Einsatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen sein wird. So kann ein Bürgergeld zur Alimentierung einer Elendsbevölkerung, aber auch im oben entwickelten Sinn eingesetzt werden.

- dass im Prozess der Globalisierung nationalstaatliche Lösungen der sozialen Frage entweder nicht mehr zu realisieren oder an das asymmetrische Nord- Süd-Verhältnis gebunden sind, kann die Rückbindung der solidarischen Sicherung des gesellschaftlichen Lebens an die Bürgerschaft nur in der Form einer Weltbürgerschaft durchgesetzt und garantiert werden. Horizont einer solchen **Weltbürgerschaft** ist nicht ein weder wünsch- noch realisierbarer „Weltstaat", sondern der Globalisierungsprozess als real existierender universeller Zusammenhang. Weltbürgerschaft muss konkret bedeuten, jeden Menschen am Ort seines jeweiligen Aufenthalts zum Träger der dort geltenden staatsbürgerlichen und insbesondere sozialen Rechte zu machen.

Die **Demokratisierung der Arbeitsteilung** ist seit den ersten Kämpfen um die **Verkürzung der Arbeitszeit** im 19. Jahrhundert der **Kern jeden Versuchs, die Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger real durchzusetzen**. Im dritten Jahrzehnt neoliberaler Globalisierung geht es darum, sie in globaler Dimension zu verwirklichen.

Ihre elementaren Voraussetzungen müssen und werden real weder unmittelbar noch im Block eingefordert werden können. Ihre Aktualität liegt in jeder Forderung, die in realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen implizit auf sie tendiert, da beispielsweise, wo sich humanitäre Organisationen politisch darauf einigen, gemeinsam mit den Empfängern ihrer Dienste für einen universellen Rechtsanspruch auf Hilfe einzutreten. Gesellschaftliche Einrichtungen sind jederzeit Ausdruck und Verdichtung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und deshalb immer und notwendig Resultat aktueller Kompromisse. Über die Reichweite, Tiefe und Nachhaltigkeit der Demokratie entscheidet immer nur der ihre Durchsetzung organisierende demokratische Prozess.

# Richtungsforderungen

## Werner Rätz

Abschrift eines Vortrags auf einem Workshop beim Perspektivenkongress in Berlin (Mai 2004)

Es stellt sich die Frage, inwieweit langfristige und kurzfristige politische Orientierungen tatsächlich noch eine Rolle spielen. Diese Debatte ist meistens oder oft gruppiert um die Stichworte „Reform oder Revolution". Meine Ausgangsbehauptung wäre erst einmal, dass wir uns in einer politischen Situation befinden, in der **dieser Widerspruch realpolitischer Intervention in tagespolitische Abläufe und langfristiger Orientierung im Wesentlichen obsolet geworden ist**. Weder das Eine noch das Andere ist tatsächlich in irgendeiner Weise im Bereich des Erreichbaren. Die Erhaltung eines Zustandes einer halbwegs umfassenden und die Notwendigkeiten deckenden Gesundheitsversorgung für alle – wie wir das in diesem Land vor einer Weile ja schon mal hatten – scheint mir mittlerweile geradeso realistisch oder unrealistisch wie die Durchkämpfung der sozialistischen Revolution.

So stellt die Debatte darum, ob wir tagespolitisch in bestimmte politische Abläufe intervenieren wollen, ob wir wollen, dass Realpolitik bestimmte Fragen in einer bestimmten Weise gestaltet hier und heute, nach meiner Einschätzung aus der Wahrnehmung der letzten Jahre heraus eine völlig überflüssige Frage. Ich werde noch mal darauf zurückkommen, dass das letztlich so einfach doch nicht zu handhaben ist, aber **die Erfahrung der letzten Jahre ist, dass wir letztlich nicht in der Lage gewesen sind, an irgendeiner relevanten Stelle Realpolitik so zu verändern, dass man sagen könnte, das macht für die Lebensverhältnisse der Menschen wirklich einen wesentlichen Unterschied aus.** Ganz abgesehen davon, dass wir nicht in der Lage waren, die Richtung von tagtäglicher Realpolitik irgendwie zu korrigieren oder zu verändern.

Die Durchsetzung langfristiger Orientierungen scheint im Moment noch weiter außerhalb der zu erreichenden Möglichkeiten zu sein. So dass die Festlegung, wie wir sie innerhalb des Attac-Schwerpunktes Genug-für-alle vor einer Weile bei Etablierung dieses Schwerpunktes mal getroffen haben, eine realistische Feststellung zu sein scheint. Wir haben uns damals darauf verständigt zu sagen, es kann uns nicht in erster Linie um tagespolitische Intervention gehen, sondern **es muss uns in erster Linie darum gehen, die neoliberale Hegemonie im Denken, in der öffentlichen Wahrnehmung, in der öffentlichen Debatte in diesem Land zu brechen.** Das hat den Vorteil, dass man gleichzeitig aus der Versuchung rauskommt, Utopien zu malen, die dazu verführen könnten zu meinen, man müsse die Wirklichkeit nach dem Bild des eigenen Kopfes gestalten. Das ist ja ein Fehler, den wir in der Linken in der Vergangenheit durchaus das eine oder andere Mal gemacht haben, dass wir in der Vorstellung einer bestimmten Kraft – die wir in den meisten Fällen real nicht einmal gehabt haben, die wir uns aber zugedacht haben – uns Bilder gemalt haben, die mit der Wirklichkeit nicht so ganz zusammen stimmten. Dem will ich nicht weiter nachgehen, das ist nur so ein Hinweis darauf, wo da mit einer realistischeren Orientierung an unseren tatsächlichen Möglichkeiten eventuell auch Probleme umgangen werden könnten.

In der **tagtäglichen Wirklichkeit** funktioniert das aber nicht so einfach. In der tagtäglichen Wirklichkeit ist die Vorstellung, wir schauen uns die Tatsache an, dass wir weder tagespolitisch intervenieren noch langfristige Forderungen, Orientierungen durchsetzen können, und agieren da drin mal fröhlich auf der grundsätzlichen Ebene und versuchen mal zu erklären, wohin man denn gesellschaftliche Entwicklungen eigentlich denken müsste, in der tagtäglichen Wirklichkeit also ist das schwer durchzuhalten. Diejenigen von uns, die vor zwei oder drei Jahren innerhalb von Attac angefangen haben, an einer Kampagne zum Thema Gesundheitswesen zu arbeiten, haben das selbst erlebt. Wir haben im Oktober 2001 beim Attac-Kongress in einer

großen AG zum Thema Gesundheit gesagt, das ist eigentlich verhältnismäßig einfach, wir wollen eine Gesundheitsversorgung, die für alle Menschen in diesem Land, unabhängig von ihrem legalen Status das zur Verfügung stellt, was medizinisch sinnvoll und notwendig ist, um Menschen eine umfassende **Gesundheitsversorgung** anzubieten. Das soll finanziert werden mit all den Einkommen, die zur Verfügung stehen einschließlich der Unternehmensgewinne. Das schien sehr einfach und wir haben uns darauf verständigt, da lassen wir das auch bei, mehr müssen wir als Attac dazu nicht sagen; wir müssen keine Programme entwickeln, wie das im Einzelnen geht; es reicht diese Richtung anzugeben, in die hin wir Gesundheitsversorgung organisiert haben wollen. Wir sind dann raus gegangen in viele Veranstaltungen und in jeder dieser Veranstaltungen war die reale Erfahrung, dass die Leute kommen und ihre Probleme vom letzten Arztbesuch erzählen und von ihrem Krankenhausaufenthalt und sagten, da war aber dies so und da habe ich das erlebt und können Sie mir nicht hier einen Tipp geben und wie gehe ich denn mit jenem Problem um. Und der Versuch zu sagen, das ist nicht unsere Aufgabe, da gibt es andere Leute für, wir wollen nur so etwas über die Richtung darstellen, endete regelmäßig in einem großen Frust der Beteiligten, die sagten, wozu komme ich denn überhaupt her, wozu macht ihr denn dann eine Gesundheitskampagne?

Das heißt, in der realen Wirklichkeit wird von uns die **Auseinandersetzung mit den tagtäglichen Dingen** sehr wohl **eingefordert**, auch wenn wir darüber Bescheid wissen, dass unsere Meinung dazu reale Politik nicht gestaltet. Ein Ausweg aus diesem Dilemma auf der einen Seite die Leute mit ihren konkreten Forderungen, ich will aber im tagtäglichen Umgang etwa mit dem Bereich Gesundheitsversorgung oder wo auch immer ich Ansprüche habe, in dem ich Vorstellungen davon habe, was für mich eine gute Versorgung ist, da will ich diese gute Versorgung auch haben, ich will die hier und jetzt haben und nicht ein Bild, eine Vision davon entwickelt haben, wie das mal werden soll; ich möchte das **jetzt** haben! Dieser Anspruch der Leute steht und er steht ja auch zu recht. Und diesen Anspruch zu vermitteln mit unseren Überlegungen, wie müsste das denn mal sein, das scheint mir möglich zu sein auf einer Ebene, in der wir tatsächlich diesen Widerspruch von tagespolitischer Intervention und langfristiger Orientierung entgehen können, ohne dass wir eines der Elemente aufgeben müssen.

Wenn wir nämlich, wie wir das in dieser Gesundheitskampagne gemacht haben, lernen, Forderungen zu entwickeln, die es erlauben, die Richtung von Politik zu benennen und im Alltag zu beurteilen. Wir haben das auch im Schwerpunkt Genug-für-alle versucht, mit einer Reihe von unterschiedlichen Hintergründen. Das was ich jetzt hier vortrage ist keineswegs einfach so Attac-Konsens, sondern das ist meine Interpretation einer Einigung, die auf vielen Füßen ruht und die von einigen durchaus anders interpretiert werden würde. Worauf wir uns generell geeinigt haben ist ein Grundsatz – ich komme noch mal auf die umgekehrte Seite dieses Grundsatzes zurück - , aus dem sich meiner Meinung nach **drei solcher Richtungsforderungen**, wie ich sie für sinnvoll und notwendig halte, ergeben.

1.
Dieser **Grundsatz,** auf den wir uns verständigt haben, der heißt: **Es gibt ein Recht auf ein gutes Leben für alle**. Jeder Mensch hat, nur weil es ihn gibt, einfach qua Existenz, das Recht auf ein gutes Leben, auf ein Leben, das Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Dafür ist auch genug da. Deshalb heißt dieser Schwerpunkt „es ist genug für alle da“. Konkret heißt das als die eine Richtungsforderung, wir wollen eine Gesellschaft, in der dieser Anspruch, ich will ein gutes Leben, eingelöst wird, in der dieser Anspruch so eingelöst wird, dass man in der Perspektive ganz konkret dahin kommt, dass Schritte dahin gegangen werden. Dazu gehört definitiv die Zurückweisung des gerade laufenden Generalangriffs auf soziale Sicherung insgesamt. Dazu gehört die Gestaltung von Sozialsystemen als öffentliche Aufgabe. Dazu gehören eine ganze Reihe von konkreten Schritten. Eine solche Richtungsforderung, wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen tatsächlich die Möglichkeiten zur Verfügung stehen um ein gutes Leben zu führen, gibt uns konkrete Elemente an die Hand, mit denen wir tatsächliche Armutsentwicklungen zurückweisen können.

2.
Wir müssen, wenn wir diesen Anspruch halbwegs ernst nehmen wollen, als zweites sehen, dass ein solcher Anspruch niemals innergesellschaftlich realisiert werden kann. Das ist nicht nur eine moralische Frage – das ist auch eine moralische Frage, ganz selbstverständlich gibt es kein moralisches Recht den eigenen Wohlstand auf Kosten der **Armut** Dritter zu sichern. Es ist hier aber nicht in erster Linie als moralische Frage zu betrachten, sondern es ist in der Tat eine politische und eine ökonomische Frage, dass man das **Armutsproblem** und seine Lösung **nicht national denken kann.** Das Armutsproblem ist international produziert, das Armutsproblem entwickelt sich, ergibt sich aus der Tatsache, dass wir in einer kapitalistisch globalisierten Welt leben, und in dieser Welt wird das Armutsproblem nicht lösbar in einem nationalen, beschränkten Rahmen. Und es wird auch nicht lösbar, wenn es vom Zentrum her gedacht wird. Es wird lösbar nur **von der Peripherie her gedacht**. Und das bedeutet auf der konkreten Ebene als Forderung, als Richtungsforderung, im internationalen Rahmen von den Rändern her gedacht, das Armutsproblem so angehen bedeutet zum Beispiel **Schritte wie Erlass der Schulden der arm gemachten Länder des Südens und ähnliche.**

3.
Der Versuch das Armutsproblem von den Rändern, von der **Peripherie** her zu denken bedeutet schließlich drittens, dies **auch innergesellschaftlich** zu tun. Ich bin ausgegangen von dem Anspruch der Menschen in einer Gesellschaft tatsächlich ein gutes Leben leben zu können, habe gesagt, das lässt sich letztlich nur international realisieren. Aber dann muss der Blick zurück in die eigene Gesellschaft hinein, in der es ja Gruppen von Menschen gibt, die mehr oder weniger systematisch, nur qua Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe, von diesem Recht auf ein gutes Leben ausgegrenzt werden. Das betrifft in unserer Gesellschaft am stärksten diejenigen, deren Existenz in diesem Land offiziell nicht erlaubt und nicht erwünscht ist, also die **Illegalisierten.** Ich will damit überhaupt nicht in Frage stellen, dass es in dieser Gruppe der Illegalisierten eine ganze Reihe Menschen gibt, die durchaus Wege finden, wie sie sich Zugang zu einem guten Leben organisieren können. Da gibt es durchaus welche, die in der Lage sind, an den Restriktionen und Repressionen, die diese Gesellschaft ausübt, vorbei ihr unbedingt vorhandenes Recht auf ein gutes Leben auch ein Stück weit einzulösen, zumindest phasenweise. Und das ist auch gut so. Aber als Gruppe, als gesellschaftlich Ausgegrenzte und illegal Gemachte und Weggedrängte und offiziell gar nicht Vorhandene handelt es sich da um diejenigen, an denen in dieser Gesellschaft

ausprobiert wird, wie weit man die Standards denn noch senken kann. Die sozialen Standards, die rechtlichen Standards, die ökonomischen **Standards** denn noch **senken** kann. Die Orientierung auf ein gutes Leben für alle, die hier sind in dieser Gesellschaft, verlangt als großen Schritt, so wie ich die Sozialsysteme im nationalen und den Schuldenerlass im internationalen Rahmen genannt habe, ein großer Schritt für alle, die hier sind, verlangt den Gedanken, dass Menschen dort, wo sie sind, auch Rechte haben müssen. Also das Recht auf Rechte als unbedingte tagespolitische Forderung.

Es gibt eine ganze Reihe von weiteren Schritten, die man, wie bei all diesen Richtungsforderungen auch dort angeben könnte. Sie ermöglichen eine ganze Reihe von kleinen Schritten, ohne dass die Gesamtforderung damit realisiert wäre, die aber eben in diese Richtung gehen.

Was ich hier jetzt nur erwähnen und nicht ausführen will, ist, dass all diese Forderungen in der Perspektive auf ihre vollständige Durchsetzung **deutlich über diese Gesellschaft hinausweisen.**

4.

Die Spiegelung dieses Gedankens, es gibt ein Recht auf ein gutes Leben, die neoliberale Spiegelung dieses Gedankens ist die Aussage, in der Tat, es gibt ein Recht auf ein gutes Leben für alle und dieses Recht etabliert sich, setzt sich durch, wird umgesetzt am **Markt**. Ihr müsst euch für den Markt optimieren und wenn ihr dieses schafft, dann werdet ihr ein gutes Leben erhalten. Diese Marktoptimierung ist natürlich der Punkt, der mit dem Anspruch, wir wollen ein gutes Leben für alle, definitiv zurückgewiesen ist. Und das führt zu einer vierten Richtungsforderung, die anders entwickelt wird, die nicht unmittelbar aus dem Recht auf ein gutes Leben entwickelt wird, sondern die aus der **Zurückweisung der marktförmigen Organisierung eines guten Lebens** entwickelt werden muss.

Diese marktförmige Organisierung eines guten Lebens bedeutet, man baut einen neuen Menschen. Man baut den Menschen - und der Mensch muss sich selber bauen - dem Markt angepasst. Das geht in den tatsächlichen technologischen Entwicklungen inzwischen hart an die Grenze dessen, dass Versuche gemacht werden einen solchen Menschen auch technologisch zu bauen. Das was im Bereich Biotechnologie, Gentechnologie abläuft, entwickelt sich in diese Richtung, ohne dass ich sage, das könne man heute schon und ohne dass ich sage, das werde man jemals können. Aber die Träume sind da.

Und da wird ganz deutlich, dass es nicht reicht diesen marktförmigen Anspruch zurückzuweisen. Da wird ganz deutlich, dass dieser marktförmige Anspruch verbunden ist mit Technologien, die als ganzes und durch und durch **Destruktivtechnologien** sind, die dazu da sind, Gesellschaft und Individuen dieser Marktförmigkeit so anzupassen, dass sie nicht nur gesellschaftlich, sondern technologisch real demgemäß zugerichtet sind.

Daraus entwickelt sich für mich die unbedingte Notwendigkeit der **Forderung nach Abschaffung dieser Destruktivtechnologien**, die ich im Einzelnen identifizieren würde in der schon genannten Gentechnik, selbstverständlich in der Atomtechnologie und selbstverständlich in der Militärtechnologie. Die Beseitigung dieser Technologie würde ganz nebenher eine derart starke Umorientierung gesellschaftlicher Intelligenz und ökonomischer Mittel verlangen, dass auch dort Dimensionen eines guten Lebens deutlich werden könnten, die notwendig sind um den Anspruch, wie ich ihn eben in seiner Unbedingtheit formuliert habe, einzulösen.

Zusammenfassend: **Wir können heute letztlich nur Richtungsforderungen stellen. Die wesentliche Klammer dieser Richtungsforderungen ist das Recht auf ein gutes Leben. Sie hat eine gesellschaftliche, eine internationale und eine wieder zurück gewandte Dimension in die Gesellschaft hinein auf die am meisten Ausgegrenzten und verlangt in der Konsequenz die Zurückweisung der Destruktivtechnologien um Raum zu schaffen für konstruktive Entwicklungen und konstruktive Technologien**.

### Nach den Gipfeltreffen EU, USA, NATO

# EU – USA: Harmonie oder Bruch?

**Ingo Schmidt**

Als sich die Regierungen Deutschlands und Frankreichs im letzten Jahr gegen einen Angriff auf den Irak ausgesprochen haben, wurde vielfach über einen **Bruch** der transatlantischen Beziehungen spekuliert. **US-Militarismus** und **europäischer Pazifismus**, wo wurde von Gegnern wie auch Befürwortern des Irak-Krieges immer wieder betont, seien nicht miteinander kompatibel.

Mittlerweile müssen die USA erfahren, dass militärische Überlegenheit allein sie ihren Kriegszielen - der Errichtung eines stabilen **Marionettenregimes in Irak** - nicht näher bringt. Umgekehrt tritt nach der Propagandaschlacht gegen Saddam Hussein auch die militärische Präsenz europäischer Truppen in vielen Ländern wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein. Kurz: Die Militärmacht USA wendet sich wieder stärker der Diplomatie zu und die Europäer können sich nicht länger als pazifistisches Gegenmodell präsentieren.

Sogar die Idee einer transatlantischen Freihandelszone, die in der Vergangenheit immer mal wieder vorgetragen bislang aber nicht realisiert wurde, steht wieder auf der Tagesordnung. Ein Netzwerk hochrangiger Politiker und Unternehmer von beiden Seiten des Nordatlantik - das Transatlantic Policy Network - hat einen Antrag ins Europäische Parlament eingebracht, der über einen gemeinsamen transatlantischen Markt hinaus auch eine gemeinsame Strategie innerhalb der Welthandelorganisation anstrebt. Ob es in absehbarer Zeit ein transatlantisches Freihandelsabkommen geben wird oder nicht, sei dahingestellt. Dahingehende Bestrebungen lassen sich jedenfalls als Hinweis darauf verstehen, dass der nach dem zweiten Weltkrieg entstandene **Atlantische Kapitalismus** nicht vor der Spaltung steht. Die herrschende Klasse auf beiden Seiten des Nordatlantik scheint vielmehr entschlossen, ihre weltbeherrschende Position zu verteidigen und sich nicht in einem anhaltenden innerfamiliären Zwist zu verschleißen.

Zwischen den USA, die im zweiten Weltkrieg zur kapitalistischen Führungsmacht aufgestiegen sind, und Europa, das erst durch Binnenmarkt, Währungsunion und die damit verbundene Herausbildung supranationaler Institutionen zu einem Machtfaktor geworden ist, dürfte es auch in Zukunft immer wieder Meinungsverschiedenheiten oder handfesten Krach geben. Dennoch werden sich Unternehmen und Politiker auf beiden Seiten des Nordatlantik immer wieder zusammenraufen, wenn es darum geht, ihren privilegierten Zugriff auf **Rohstoffe** und billige **Arbeitskräfte** sowie der von ihnen hergestellten **Waren** gegen potenzielle Rivalen sowie auch Widerstand in armen Ländern zu verteidigen.

## Aufstieg zur neuen Weltmacht

Der wahrscheinliche Fortbestand des Atlantischen Kapitalismus lässt sich am besten verstehen, wenn anstelle kurzlebiger Konjunkturen der Außen- und Handelspolitik dessen **geschichtliche Entwicklung** betrachtet wird. Nachdem die USA ihre Unabhängigkeit erklärt und gegen die europäischen Kolonialmächte erkämpft hatten, brachte der US-Kapitalismus - durch hohe Zollmauern vor der technologisch zunächst noch überlegenen Konkurrenz aus Europa geschützt - außer einem riesigen Binnenmarkt auch einen eigenständigen politischen Überbau hervor. Dadurch wurde es möglich, ökonomische Interessen wirksam zu bündeln und auch über die eigenen Grenzen hinaus zu vertreten. Ein Konflikt mit den europäischen Weltmächten England und Frankreich sowie dem aufstrebenden Deutschland konnte aber vermieden werden, solange die USA sich darauf beschränkten, Lateinamerika in ihren „Hinterhof“ zu verwandeln. Damit traten sie zwar das Erbe Portugals und insbesondere Spaniens an, die aber ökonomisch längst zu schwach waren, um sich gegen den Verlust ihrer vormaligen Kolonial- bzw. Einflussgebiete zu wehren.

Zur Weltmacht stiegen die USA erst auf, nachdem die **europäischen** Mächte sich in zwei Weltkriegen **verschlissen** und dabei den Anschluss an technologische und organisatorische Entwicklungen verpasst hatten, welche zum ökonomischen Fundament amerikanischer Macht wurden. An die Stelle eines in europäische **Kolonialreiche** aufgeteilten Weltkapitalismus trat ein informeller Imperialismus unter amerikanischer Führung. Darin konnten ehemalige Kolonien zwar nationale Souveränität erlangen, blieben aber unter dem Einfluss US-dominierter internationaler Institutionen und wurden, sofern die nationale Selbstbestimmung eine sozialrevolutionäre Richtung anzunehmen drohte, militärisch angegriffen.

Aus dieser Entwicklung könnte man schließen, dass ein US-amerikanischer **Superimperialismus** die rivalisierenden europäischen Imperialismen abgelöst hätte. Mit Blick auf die gemeinsame Frontstellung gegenüber dem Sowjetkommunismus scheint es aber sinnvoller, von einem **kollektiven** Imperialismus unter Führung der USA zu sprechen. Ohne das Militär- und Wirtschaftspotenzial Westeuropas, das enorme Ressourcen der Sowjets zur Aufrechterhaltung der Gleichgewichts im Bereich konventioneller Truppen gebunden hat und außerdem mit seinen Wachstumserfolgen als attraktives Gegenmodell zum Sowjetkommunismus diente, hätten die USA ihre Führungsposition nicht lange aufrechterhalten können. Insofern kann davon gesprochen werden, dass der kapitalistische Weltmarkt **nach 1945** von einer **Atlantischen Bourgeoisie** beherrscht wurde.

**Streit** war dabei vorprogrammiert: So haben die USA die europäische Wirtschaftsintegration zwar unterstützt, weil nur dadurch das von ihnen gewünschte antikommunistische Bollwerk geschaffen werden konnte. Andererseits haben sie stets versucht, die Herausbildung eines **europäischen Machtblocks** zu **verhindern**. Dies ist jedoch nicht gelungen, weil die Institutionen, die zunächst nur zur Regulierung des europäischen Binnenhandels gedacht waren, zunehmend auch die Bündelung europäischer Machpotenziale ermöglicht haben. Auf diese Weise wurde die Einführung des **Euro** möglich sowie europäische Verfassung und Militäreinheiten unter einheitlichem europäischem Kommando denkbar.

## Niedergang der USA nach 1989?

Aus der Tatsache, dass die USA zur gleichen Zeit ihre wirtschaftliche Stellung nur durch Inkaufnahme massiver **Verschuldung** und **spekulativer Blasen** behaupten konnten, wird mitunter der Schluss gezogen, die USA befänden sich im Niedergang. Dies gelte umso mehr, als mit dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus die Klammer der transatlantischen Partnerschaft entfallen sei. **Europa** solle daher - wenn es schon nicht die weltweite Führungsrolle Amerikas einnehmen könnte - zumindest eine unabhängige Politik der Selbstbehauptung verfolgen.

Neu sind solche Forderungen nicht: Gegen Ende der 1960er Jahre wurde erstmals von einer „Amerikanischen Herausforderung“ gesprochen, die nach einem **europäischen Gegengewicht** verlange. Hintergrund waren damals erstens das US-amerikanische Weltraumprogramm, das den technologischen Vorsprung der USA vor Europa absichern sollte. Zweitens verstanden es US-Konzerne - welche Operationen auf großen Märkten gewohnt waren - zu jener Zeit besser, die Vorteile der europäischen Marktintegration für sich zu nutzen als europäische Unternehmungen, die bis dahin zumeist im Rahmen ihrer viel engeren nationalen Märkte agiert hatten. Beträchtliche US-amerikanische Direktinvestitionen in Europa waren die Folge. Diese führten vielfach zu einem Gefühl des Ausverkaufs bis hin zu der hysterischen Behauptung mancher europäischer Konservativen, Europa werde von den USA kolonisiert.

## Eurosklerose?

Umgekehrt wurde ein vermeintlicher Niedergang Europas in den 1990er Jahren - vielfach von denselben politischen Strömungen wie 30 Jahre zuvor - mit den Direktinvestitionen europäischer Konzerne begründet. Sozialstaat und starke Gewerkschaften - auch bekannt als „Eurosklerose“ - hätten zu einer solch hohen Kostenbelastung geführt, dass profitable Investitionen nur in den **gewerkschaftsfreien Zonen Amerikas** möglich seien.

In der Zwischenzeit war der Nachkriegsboom zu Ende gegangen und die USA hatten es geschafft, trotz insgesamt verringerten Wachstums den Wachstumsrückstand, den sie während des Booms gegenüber Europa aufgewiesen hatten, in einen Vorsprung umzukehren. Dieser relative Erfolg wurde zumeist darauf zurückgeführt, dass Gewerkschaften und **Sozialstaat in den USA** sehr **viel brutaler angegriffen** wurden als in (Kontinental-) Europa. Wurde dieser Klassenkampf von oben auch unterschiedlich beurteilt - von Unternehmensseite und konservativ bzw. liberalen Parteien begrüßt, von Gewerkschaften und Sozialdemokratie bedauert - war man sich in der Analyse doch weitgehend einig: Durch die Zurückdrängung von Lohnforderungen und sozialstaatlicher Umverteilung sei erst die Profitrate erhöht und damit auch Investitionen und gesamtwirtschaftliches Wachstum angeregt worden.

Die unterschiedlichen Strategien des Neolibarlismus - **Union Bashing** in den USA und Britannien und **Concession Bargaining** in Kontinentaleuropa - wurden vielfach als Beleg verstanden, dass sich die kapitalistischen Gesellschaften auf beiden Seiten des Atlantik auseinandergelebt hätten. An die Stelle des von beiden geteilten Nachkriegsmodells aus keynesianischer Wirtschaftssteuerung und sozialstaatlichem Kompromiss zwischen Lohnarbeit und Kapital seien **„Kapitalismus pur“** einerseits und ein „Europäisches Sozialmodell“ oder **„Rheinischer Kapitalismus“** andererseits getreten. Nach dem Ende der Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus wurde daher sogar der Kampf „Kapitalismus kontra Kapitalismus“ proklamiert.

Die unterschiedlichen Reaktionen auf das Ende des Nachkriegsbooms deuten zunächst darauf hin, dass die Regulierung des **Klassengegensatzes** von Lohnarbeit und Kapital - trotz Herausbildung einer Atlantischen Bourgeoisie - **auf nationaler Ebene** erfolgt und **unterschiedliche** institutionelle Ausprägungen annimmt. Union Bashing und Concession Bargaining sind daher **Ausdruck länderspezifischer Kräfteverhältnisse** und institutioneller Verankerung von Gewerkschaften, Sozialstaat und politischer Repräsentation der Arbeiterklasse. Beide verfolgen **aber dasselbe Ziel**: Die Profitrate unter Bedingungen langfristig gesunkener Wachstumsraten durch eine Umverteilung von den Löhnen zu den Profiten zu erhöhen. Nicht nur verfolgte die Atlantische Bourgeoisie bezüglich der Produktion und Aneignung dasselbe Ziel mit unterschiedlichen Mitteln, sondern es bildete sich seit den 1980er Jahren auch eine **transatlantische Arbeitsteilung** bei der Regulation des kapitalistischen Gesamtprozesses heraus.

Während die **USA** - entgegen der Rhetorik von Haushaltskonsolidierung und Zurückdrängung des Staates - die **Weltwirtschaft** mit staatlich erzeugter oder abgesicherter **Nachfrage** versorgten, sorgte die Exportstrategie Europas dafür, dass Nachfrage- und damit auch Beschäftigungssteigerungen in den USA nicht zu der Forderung nach höheren Löhnen führen konnte. Die Politik extremer Inflationsbekämpfung sowie eine Abkopplung der Reallöhne von der Produktivitätsentwicklung sorgten dafür, dass auf den US-Märkten neben inländisch produzierten Waren auch **stets preisgünstige europäische Waren** angeboten werden.

## Asien oder Europa?

Der geläufige Globalisierungsdiskurs schreibt diese Funktion der **Importkonkurrenz** ja insbesondere den sich industrialisierenden Ländern Asiens zu. Tatsächlich sind die transatlantischen Austauchbeziehungen aber sehr viel intensiver als zwischen den Ländern des Atlantischen Kapitalismus und Asien. Dies betrifft nicht nur die Umsatzzahlen, sondern insbesondere auch die Art des Handels. In vielen **technologisch fortgeschrittenen** Branchen treten asiatische Unternehmen **noch gar nicht** als Anbieter auf und wo sie es tun, sind sie mit steigenden Löhnen konfrontiert. Unter den asiatischen Ländern spielt **lediglich** Japan eine Europa vergleichbare Rolle als Grenzanbieter, welche dafür sorgen, dass wachsender Nachfrage in den USA und der Weltwirtschaft stets ein mengenmäßiger Angebotsüberschuss gegenübersteht, so dass Preis- und Lohnsteigerungen weitgehend ausbleiben. Trotz dieser ökonomischen Parallele zwischen Europa und **Japan gehört letzteres nicht zum kollektiven, die Welt gegenwärtig beherrschenden Imperialismus**, weil es politisch isoliert ist. Dagegen ist es den europäischen Ländern gelungen, ihre Machtpotenziale im Zuge der europäischen Integration zu bündeln und dadurch Juniorpartner der USA zu werden.

Gegenwärtig wird der so begründete Atlantische Kapitalismus jedoch nur teilweise durch wirtschaftliche Verflechtung und schon gar nicht die Herausforderung durch andere Supermächte - wie zu Zeiten des Sowjetkommunismus tatsächlich oder heute einer vermeintlichen „Achse des Bösen“ - zusammengehalten. Viel wichtiger ist - so paradox das klingen mag - seine **Schwäche**. Drei Jahrzehnte neoliberaler Offensive - ganz gleich ob angelsächsischer oder kontinentaleuropäischer Spielart - haben es nicht vermocht, in den reichen Ländern gesellschaftlichen **Zusammenhalt** durch die Beteiligung aller Bevölkerungsschichten am wachsenden Volkseinkommen zu erzeugen. Dadurch ist eine **Legitimationskrise** entstanden, in deren Verlauf einerseits ein gewisser Aufschwung sozialer Bewegungen eingetreten ist, andererseits aber verschiedene Varianten des Chauvinismus und Rassismus zugenommen haben. Gerade während des Irak-Krieges wurden öffentliche Debatten mitunter so geführt, als fände gerade ein **„Clash (of American and European) Civilisations“** statt. Diese ideologische Figur - seit Jahrzehnten fester Bestandteil der transatlantischen Beziehungen - wird immer mal wieder populär, markiert aber sicherlich keine **Sollbruchstelle** innerhalb des Atlantischen Kapitalismus.

Diese würde in einem Aufschwung antikapitalistischer Kämpfe in den Ländern des kollektiven Imperialismus oder auch in den Ländern des Südens bestehen. Nicht Europa gegen Amerika wäre dann die Frage, sondern Lohnarbeit gegen Kapital in reichen ebenso wie in armen Ländern.

Diese Thesen vom „Atlantischen Kapitalismus“ werden auf mehreren Veranstaltungen diskutiert:

- BUKO-Seminar „Imperialismus und emanzipative Politik“ am 23.-25 Juli in Kassel (**mail@buko.info**)
- 
- Sommerakademie 2004 in Dresden Seminar „Widersprüche in der Welt – alte und neue Imperialismustheorien“ (**www.attac.de/sommerakademie**)
- 
- „After Globalisation“ großer Kongress im Mai 2005 in Berlin

# Sommerakademien

## Österreich, 14.-18. Juli, Mürzzuschlag

***"Losarbeiten - Arbeitslos: Zwischen Überleben und Selbstverwirklichung"***

**Die Idee: Eine Akademie zum Mitmachen**
Zum dritten Mal findet heuer die jährliche Sommer a t t a c ademie statt - und ist bereits zum Fixtermin für Mitglieder und SympathisantInnen geworden! Fünf Tage im Sommer bieten die Gelegenheit, nette Menschen zu treffen, sich weiterzubilden, Neues zu erfahren und Spaß zu haben. Plenarreferate und -Diskussionen dienen zur Verbreiterung der Wissensbasis, interaktive Methoden bieten die Möglichkeit, sich selbst einzubringen und so an der Gestaltung der Sommer a t t a c ademie mitzuwirken. Workshops bieten Raum für Fragen, Diskussionen und Kreativität, ein buntes Rahmenprogramm sorgt dafür, dass soziales Erleben und Spaß nicht zu kurz kommen!

**Das Thema: Losarbeiten - Arbeitslos. Zwischen Überleben und Selbstverwirklichung.**

Arbeit ist für Menschen von zentraler Bedeutung - nicht alleine als Quelle von Wertschöpfung und Einkommen, sondern auch zur Sinnstiftung und als Möglichkeit für die eigene Selbstverwirklichung. Die Organisationsformen der Arbeit sowie ihr Stellenwert in der Gesellschaft und im Leben aller hat sich im Zuge der Globalisierung dramatisch verändert: Begriffe wie Flexibilisierung und Prekarisierung, die Senkung von Lohn(neben)kosten und ständig steigende Arbeitslosenzahlen ängstigen und verunsichern viele. Kann man diese Umbrüche und Veränderungen als Krise der Arbeitsgesellschaft betrachten? Was sind die subjektiven Auswirkungen? Und welche Ansätze und Strategien gibt es, um unter diesen neuen, sich ständig verändernden Bedingungen trotzdem zu leben - und nicht nur zu überleben? Wege aus der Krise - gibt es die und wie können sie aussehen? Mit diesen Fragen beschäftigen sich unsere drei Plenarveranstaltungen. Zahlreiche Workshops zu diesem Themenkomplex sollen es ermöglichen, weitere Fragen aufzuwerfen oder auch Antworten zu finden.

**Organisatorisches:**
**Mittwoch**, den **14.7**. erwarten wir euch ab ca. 12:00h in der Schachner Hauptschule, Grüne Insel 2, 8680 Mürzzuschlag. Die offizielle **Eröffnung** der Sommerakademie erfolgt dann um ca. **15:00h**.

**Allgemeine Rückfragen und Anmeldungen:**
a t t a c Österreich, Margaretenstraße 166, 1050 Wien Tel: ++43-1-546 41-430
Fax: ++43-1-546 41-435
**verwaltung@attac-austria.org**
**www.attac-austria.org**
http://www.attac-austria.org/aktuell/sak04/sak04.php

## Deutschland: Dresden, 30.7. – 5.8.

**Widerstand bilden – Alternativen entwickeln!**

2002 – Marburg. 2003 – Münster, 2004 kommt die dritte Attac Sommerakademie nach Dresden. Mit rund 300 Veranstaltungsangeboten und ungefähr 700 erwarteten TeilnehmerInnen bieten sich fünf Tage lang beste Möglichkeiten, zum Lernen, Diskutieren, zu Praxisaustausch und Vernetzung, zum Kennenlernen von Attac, kritischen Sympathisanten und Kritikern.

Attac als globalisierungskritisches Netzwerk ist so vielfältig wie seine Mitglieder und Mitgliedsorganisationen. Auch Soziale Bewegung wird durch Diskussion und Reibung unterschiedlicher Ansichten und Standpunkte bereichert. Entsprechend bunt und vielseitig möchte sich die Akademie präsentieren. Die drei thematischen Schwerpunkte werden sein:

**„Arbeitsstaat. Sozialmarkt“** - Was hat Arbeitslosengeld II mit Globalisierung zu tun? Welche umfassenden Transformationen erfährt die Arbeitsgesellschaft insgesamt? Können privatisierte Systeme das Versprechen von sozialer Absicherung für alle halten? Beseitigen Arbeitszwang und Lohndumping Erwerbslosigkeit und Armut wirklich? Gibt es Alternativen zur gegenwärtigen Politik? Gibt es einen gesamtgesellschaftlichen Gegenentwurf? Welche Rolle spielen dabei Attac, Gewerkschaften und Soziale Bewegungen?

**„Nord/Süd - Ökonomie und Sicherheit in der einen Welt“** - Die Welt wächst zusammen – und entwickelt sich auseinander. Vor zwanzig Jahren war vor allem der Süden abgekoppelt von Entwicklung und Wohlstand. Diese Kluft hat sich entgegen aller Versprechungen nicht verringert. Neu ist jedoch, dass die soziale und wirtschaftliche Segmentierung nicht mehr an Kontinentgrenzen halt macht, sondern längst auch die „Zentren“ erreicht. Im Themenzentrum Nord/Süd sollen Auswirkungen einer Transformation der ökonomischen und politischen Weltordnung begutachtet und begriffen werden.als Querschnittsthema:

**„Europa globalisiert“** - Europa globalisiert: Mit der Erweiterung und Verfassungsdiskussion werden Erwartungen in Bezug auf Demokratisierung und tiefergehende politische Integration verbunden, andererseits zeigen sich in diesem Prozess altbekannte Mechanismen der Sicherung internationaler Vorherrschaft. In Fragen der internationalen Sicherheit tritt Europa gern als Hüter einer liberalen Ordnung und deren Institutionen auf. Gleichwohl prägen Aufrüstung, Abschottung und Unilateralismus die Sicherheitspolitik der Union. Europa zwischen dem Erbe der griechischen Demokratie und einer Festung. Wohin wird es sich entwickeln? Wohin wollen wir es entwickeln?
Wie jedes Jahr werden natürlich auch grundlegende Fragen der Weltwirtschaft und Globalisierung behandelt, Methodenseminare für Öffentlichkeits- und Pressearbeit, Theater- und Aktionsworkshops und vieles andere mehr angeboten.

http://www.attac.de/sommerakademie2004/website/index.php?aufruf=cms&name=home

## Schweiz: 9.9.-12.9 im Kanton Wallis

Programm ab Mitte Juli erhältlich:

attac Suisse case postale 27 1000 Lausanne 9 Suisse
**Telefon:** (Anrufbeantworter)++41 21 625 34 44
**http://www.schweiz.attac.org/index-de.php3**

# Schweiz: Dreimal Nein zum Sozialkahlschlag!

*„Geohrfeigt!“ übertitelte am 17. Juni die Genfer Tageszeitung Le Courrier auf der ersten Seite ein Foto der beiden Schweizer Finanz- und Sozialminister. Und tatsächlich:* ***Am 16. Juni erteilte die stimmberechtigte Schweizer Bevölkerung dem Willen der Regierung, die Sozialversicherungen und die öffentliche Daseinsvorsorge weiter abzubauen, eine deutliche und dreifache Abfuhr.***

***Die zur Abstimmung stehenden Vorlagen zur Reform der AHV (Alters- und Hinterbliebenenversicherung), zur Finanzierung der Renten- und Invalidenversicherung sowie eine Steuerreform, die in erster Linie den obersten Einkommensschichten zugute gekommen wäre, wurden von rund zwei Drittel der Stimmenden verworfen****. In einem gesellschaftlichen Klima, das auch in der Schweiz von einer Verschärfung der Angriffe auf soziale Rechte geprägt ist, geht die Bedeutung dieses Erfolges weit über die eigentliche Abstimmung hinaus: Er ist Ausdruck wachsenden Unmuts gegen die neoliberale Abbaupolitik, der sich in letzter Zeit verstärkt in gewerkschaftlichen und sozialen Mobilisierungen gegen die Privatisierung der Post, den Umbau des Bildungssystems, die Erhöhung der Krankenversicherungsprämien oder die Aushöhlung des Arbeitsrechts geäussert hat.*

*Auch attac Schweiz hat sich in diesem Jahr zum Ziel gesetzt, stärker das Feld sozialpolitischer Auseinandersetzungen und Mobilisierungen zu besetzen. Als eine der wenigen Organisationen, die sich aktiv für eine dreifache Ablehnung des Reformpakets eingesetzt hat, bedeutet das Abstimmungsergebnis auch, den Weg des Aufbaus einer breiten Widerstandsbewegung und der Suche nach Alternativen konsequent weiter zu gehen.*

***Wir reproduzieren hier das leicht gekürzte Positionspapier, welches die Abstimmungsvorlagen analysiert.***

## ATTAC Schweiz

## HÄNDE WEG VON DER ALTERS- UND HINTERBLIEBENENVERSICHERUNG !

Am 16. Mai wird über die 11. AHV-Revision abgestimmt. Die Revision ist ein Abbauprogramm:

- **Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre: Abbau der AHV um 450 Mio. Franken pro Jahr.**
- **Schrittweise Reduktion der Witwenrenten von 80% auf 60%. Die Heraufsetzung der Waisenrenten von 40% auf 60% gleicht diesen Abbau nur unvollständig aus. Das Resultat: minus 250 Mio. Franken pro Jahr.**
- **Die Renten werden nur noch alle drei statt alle zwei Jahre an die Teuerungs- und Lohnentwicklung (= Mischindex) angepasst. Insgesamt nimmt man den RentnerInnen jedes Jahr mindestens 150 Mio. Franken weg.**
- **Aufhebung des Freibetrags für erwerbstätige Personen im Rentenalter (202 Mio. Franken weniger für die RentnerInnen).**

Damit sollen der AHV Jahr für Jahr 850 Millionen Franken weggenommen und die heute schon kaum existenzsichernden AHV-Renten weiter gekürzt werden. Dieser Vorschlag verstösst gegen die Verfassung, in der eine existenzsichernde AHV festgeschrieben ist. Die 11. AHV-Revision würde in erster Linie Leute mit kleinen und mittleren Löhnen und Renten zusätzlich belasten – darunter die Mehrheit der Frauen.

### So werden Frauen und tiefe Einkommen benachteiligt

Schon heute ist es für Arbeitsuchende über 50 Jahre oft schwierig, eine Stelle zu finden. **Eine Verlängerung der Beitragspflicht würde nicht dazu führen, dass die Arbeitnehmerinnen länger arbeiten, sondern dass mehr Frauen mit gekürzten Pensionen (AHV und 2. Säule) auskommen müssen.** Dabei haben Frauen schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und müssen doppelt so häufig wie Männer mit Arbeit auf Abruf vorlieb nehmen. Der Mehrheit der Frauen fehlen zudem Beitragszeiten, weil sie mehrere Jahre auf eine volle Erwerbsarbeit verzichten, um Kinder gross zu ziehen und ältere Familienangehörige zu pflegen.

Wenn die Renten seltener der Teuerung und der Lohnentwicklung angepasst werden, bedeutet dies für alle RentnerInnen einen Verlust. **Besonders hart trifft es aber diejenigen, die auf die AHV als Existenzsicherung angewiesen sind, weil sie keine oder nur eine kleine 2. Säule haben. Das sind wiederum zum grössten Teil Frauen –** weil Frauen mehr unbezahlt gearbeitet haben, weil Frauenlöhne immer noch unter den Männerlöhnen liegen und weil Frauen schlechtere Karrierechancen haben.

Die Verschlechterungen, die mit der 11. AHV-Revision drohen, sind nur die Spitze des Eisbergs. Schon heute sind die gegenwärtigen und künftigen Rentnerinnen benachteiligt, weil die Arbeit der Frauen seltener und schlechter bezahlt wird als die der Männer. Diese Nachteile werden bei der auf dem Solidaritätsprinzip aufgebauten AHV teilweise ausgeglichen. Dagegen schreibt die 2. Säule jede Ungleichheit fort. **Sicherheit für alle gibt es deshalb nur mit einer starken AHV.**

## Gegen den Abbau der AHV – und für bessere Frauenlöhne!

Wir sagen NEIN zur Verschlechterung der bestehenden Altersvorsorge. Statt dessen fordern wir, dass endlich eine existenzsichernde Rente eingeführt wird! Wir wollen es nicht mehr hinnehmen, dass ältere Menschen – oft Frauen – in Armut alt werden müssen. Wesentlich für die Verbesserung des Rentensystems ist die soziale Gerechtigkeit, insbesondere auch die Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Arbeit. Mit folgenden Massnahmen könnten die Renten der Frauen verbessert und die AHV gestärkt werden:

- Laut der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) lag 2003 die Arbeitslosenquote der Männer bei 3,8%, die der Frauen bei 4,5%. Eine Politik der **Vollbeschäftigung mit kürzeren Arbeitszeiten** würde die Arbeitslosigkeit bekämpfen und damit auch die solidarisch über Lohnprozente finanzierte AHV stärken. Entscheidend für die Situation von Frauen und Männern während und nach dem Erwerbsleben wäre auch, dass unfreiwillige Teilzeitarbeit (einschliesslich Arbeit auf Abruf) als Teilarbeitslosigkeit gilt und entsprechende Taggelder bezogen werden können.
- Gemäss der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung 2002 lagen die Löhne der Frauen insgesamt 20,7% unter denen der Männer. Im Jahr 2002 verdienten 88'000 Frauen, d.h. 10,5% der Frauen mit Vollzeitstelle, und 2,1% der Männer weniger als 3000 Franken netto. 44,5% der voll erwerbstätigen Frauen hatten weniger als 4000 Franken Nettolohn. Wenn Frauen den gleichen Zugang zum gesamten Arbeitsmarkt hätten wie Männer und wenn ein **gesetzlicher Mindestlohn** die Position der lohnabhängigen Frauen stärken würde, könnten sie bessere Löhne und Arbeitsbedingungen aushandeln. Damit könnten sie höhere Beiträge zahlen und ihre eigenen Rentenansprüche verbessern.
- Heute sind 70% der Frauen mit Kindern unter 15 Jahren erwerbstätig – wobei sie wegen ihrer Betreuungspflichten in der Stellenwahl eingeschränkt sind und oft prekäre oder schlecht bezahlte Arbeit annehmen müssen. Damit die Frauen bessere Chancen im Erwerbsleben bekommen, müssen sie von einem Teil ihrer unbezahlten Arbeit entlastet werden. Dies schafft zugleich **neue, bezahlte Arbeitsplätze** – zum Beispiel in Kinderkrippen und Horten, bei der Spitex etc. Die Schaffung dieser Stellen würde wiederum mehr Mittel in die AHV fliessen lassen und damit ihre Finanzierung verbessern.
- 1997 wurden in der Schweiz nach Erhebungen des Bundesamtes für Statistik BFS 7835 Mio. Stunden unbezahlte Haus-, Betreuungs- und Freiwilligenarbeit geleistet. Je nach Umrechnungsmodell entspricht diese Arbeit einem Wert von 139 bis 219 Milliarden Franken (das Bruttoinlandprodukt BIP, das nur die bezahlten Leistungen berücksichtigt, betrug im Jahr 1997 390 Milliarden Franken). Die Frauen leisteten mehr als zwei Drittel dieser unbezahlten Arbeit. Wenn wir uns gegen den Abbau bei der AHV wehren und eine ausreichende, gerechte Altersvorsorge fordern, ist dies mit der Forderung verbunden, dass die **bezahlte und unbezahlte Arbeit** in Haus, Familie, Kultur und Gesellschaft gerecht zwischen Frauen und Männern verteilt wird.

**Wir sagen NEIN zu den Angriffen auf die AHV. Wir wollen eine gerechte, ausreichende und solidarisch finanzierte Altersvorsorge für alle. Der produzierte Reichtum gehört denen, die ihn erarbeitet haben und nicht den Aktionären und Konzernen. Die Arbeit und ihre Erträge müssen gleichmässig zwischen Frauen und Männern verteilt werden.**

## Die AHV ist nicht gefährdet

Als Vorwand für die Einsparungen bei der AHV dient die demografische Entwicklung: Zum einen werden in der Schweiz immer weniger Kinder geboren, zum andern haben die Menschen bessere Chancen, alt zu werden. Bleibt das Rentenalter gleich, hat dies zur Folge, dass weniger Leute für Lohn arbeiten und AHV-Beiträge zahlen. Mehr Menschen sind von Erwerbsarbeit befreit und beziehen eine Rente.

Mit dieser Entwicklung versuchen neoliberale Politiker, Panik zu schüren. Sie reden von einem "demografischen Schock" und behaupten, wenn das Verhältnis zwischen BeitragszahlerInnen und RentenbezügerInnen schlechter werde, müsse die AHV ihre Leistungen reduzieren, sonst drohe ihr der Ruin.

**Es gibt jedoch keinen "demografischen Schock".** Seit langer Zeit steigt die durchschnittliche Lebenserwartung um etwa 3 Monate pro Jahr. Es ist absehbar, dass diese Zunahme an physiologische Grenzen stossen wird. Das Wachstum der Lebenserwartung wird – vermutlich um das Jahr 2040 – abflachen. Die Zahl der Pensionierten wird langsamer wachsen und später wieder zurückgehen. Wir stehen am Beginn einer Periode langfristiger Stabilität.

Gemäss einem Szenario des Bundesamtes für Statistik (BFS) nimmt der Anteil der über 64-jährigen bis 2040 um 9,8% Prozentpunkte zu. Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren geht um 2,2% Prozentpunkte zurück. Insgesamt nimmt die nicht erwerbstätige Bevölkerung um 7,6% Prozentpunkte (von 31,7% auf 39,3% der Bevölkerung) zu. Das ist eine bescheidene Zunahme, wenn man bedenkt, dass dieselben Politiker, die mit der "Überalterung" Panik schüren wollen, ohne weiteres einen Anstieg der Arbeitslosigkeit (heute offiziell bei 4%) in Kauf nehmen – dabei bedeutet Arbeitslosigkeit mit der Arbeitslosenentschädigung und dem Wegfall von Einkommen eine doppelte soziale Belastung.

Nun ist das Argument der "leeren Kassen" – die systematisch durch Massnahmen wie das ebenfalls am 16. Mai zur Abstimmung kommende "Steuerpaket" produziert werden und Kürzungen im sozialen Bereich rechtfertigen sollen – im Fall der AHV besonders absurd, denn die AHV schreibt schwarze Zahlen. Trotz andauernder Wirtschaftskrise geriet die AHV nicht in finanzielle Schwierigkeiten. Zwischen 1975 und 2002 ist die Zahl der Pensionierten um 61% gestiegen, während sich die AHV-Renten bei gleichbleibenden Beitragssätzen verdoppelt haben.

Die Abbaupläne bei der AHV zeugen von einem umfassenden neoliberalen Projekt, bei dem die über Jahrzehnte erkämpften Rechte der Lohnabhängigen in Frage gestellt werden. Wenn die funktionierende Solidarität im Fall der AHV nun in Frage gestellt wird, so liegt der Grund dafür nicht beim Alter der Bevölkerung, sondern darin, dass ein Abbau der AHV die Rechte

der Lohnabhängigen schwächen und das System der Pensionskassen begünstigen würde.

## Warum wird die AHV angegriffen?

Mit den Angriffen gegen eine starke AHV geht es den Neoliberalen in der Schweiz darum, den Anteil der AHV zugunsten der Profite von Pensionskassen zu beschränken. Denn die AHV ist für Bankiers und Spekulanten nicht interessant, muss doch alles, was eingeht, wieder verteilt werden – im Gegensatz zu den Pensionskassen, die auf der Kapitalisierung beruhen und deren Gelder auf den Finanzmärkten investiert werden.

Im Fall des Kapitaldeckungsverfahrens werden die Zinsen des in Aktien oder Obligationen angelegten Kapitals jedoch nur teilweise an die Lohnabhängigen weitergegeben. Die Höhe des Betrags, den wir erhalten, wird durch die Spekulation mit den Kapitalien bestimmt, die im Laufe unseres Arbeitslebens aus den Abzügen auf unseren Löhnen entstehen. Weil die Höhe der Leistungen der Pensionskasse viel stärker durch den Lohn bestimmt wird, reproduziert sie die bestehenden sozialen Ungleichheiten. Für das Jahr 2000 zeigt die Pensionskassenstatistik für die BezügerInnen einer BVG-Rente in der Schweiz folgende Werte: Unter 10‘000 Franken lag die Jahresrente für einen Fünftel der Männer und die Hälfte der Frauen. Über 30‘000 Franken lag die Jahresrente für die Hälfte der Männer und für einen Sechstel der Frauen.

Ausserdem können Teile des Kapitals verloren gehen und die Zinsen können in den Keller fallen. Die Versicherten haben keine Gewissheit, ihre zweite Säule überhaupt je zu beziehen. Zudem wird den Lohnabhängigen auf Grund ihrer Pensionskassengelder ein Interesse an florierenden Börsenmärkten – d.h. an ihrer eigenen Ausbeutung – aufgezwungen. Dies wird deutlich, wenn Aktien eines Unternehmens steigen, nachdem dieses Massenentlassungen bekannt gegeben hat...

All dies ist im Modell der AHV nicht möglich. Das Umlageverfahren der AHV erlaubt keine Spekulation, weil praktisch alle Beträge, die unter dem Jahr eingehen, an die Rentnerinnen und Rentner umverteilt werden. Es ist das einzige Modell, das Kontinuität, Stabilität und Solidarität mit den pensionierten Lohnabhängigen erlaubt. Weil alle Lohnabhängigen denselben Lohnanteil als Beitrag abliefern (4,2%), die Maximalrente aber auf das Doppelte der Minimalrente begrenzt ist, wirkt die AHV ausgleichend. Verstärkt wird der Ausgleich durch die Ergänzungsleistungen, auf die alle Anrecht haben, die mit ihrer Rente das verfassungsmässig garantierte Existenzminimum nicht erreichen. So betrug Anfang 2003 die durchschnittliche AHV-Rente der Frauen 1516 Franken, wenn sie einen rentenberechtigten Ehemann hatten, sonst 1815 Franken; die Männer erhielten durchschnittlich 1525, respektive 1830 Franken AHV (AHV-Statistik 2003).

Darüber hinaus ermöglicht das System der AHV eine demokratische Kontrolle (Initiative, Referendum, Abstimmungen, Wahlen etc.). Ganz anders das Kapitaldeckungsverfahren: Die Gelder der 2. Säule werden privat verwaltet – mit Kosten, die 30 bis 40 mal höher liegen als die Verwaltungskosten der AHV.

## Wo liegt die Krise?

Dass die neoliberalen Prophezeiungen dennoch Verunsicherung auslösen, liegt an der Renten-Krise. Doch deren Ursprung ist nicht die “Überalterung”, sondern die Krise des Kapitalismus und seiner Marktwirtschaft: Betriebsschliessungen, Fusionen und Spekulationen, sinkende Löhne, Kurzarbeit, Arbeit in prekären Verhältnissen und Entlassungen (Arbeitslose entrichten keine Pensionskassenbeiträge). In Krisenzeiten werden die Löhne und Sozialleistungen angegriffen, um so die Profite zu retten.

Den Beweis liefern die Löhne, die weniger schnell gestiegen sind als die Produktivität der Arbeit. Gemäss BFS sind die Löhne in der Periode 1991-2000 real nur um 0,72% gestiegen, während die Produktivität der Arbeit in der gleichen Periode um 11% zugenommen hat. Zwischen 1960 und 2000 hat sich die Produktivität gar um den Faktor 1,5 erhöht. Jedoch flossen die Produktivitätsgewinne weitgehend dem Kapital und nicht den Lohnabhängigen und/oder der Finanzierung der Sozialversicherungen zu. Die Ausbeutung der Menschen durch die Unternehmer hat also zugenommen. Würden Produktivitätsgewinne an die Lohnabhängigen weitergegeben, statt als Profit in die Taschen von Konzernen und Aktionären zu fliessen, so wären die Löhne in den letzten Jahrzehnten massiv gestiegen. Die Finanzierung der Sozialversicherungen über solidarische Mechanismen ist möglich – wenn wir uns gegen die Politik der führenden Kreise wehren, die ihren Profit auf dem Rücken der Lohnabhängigen sichern wollen.

Die Pensionskassen hingegen heizen die Spekulation an, was zu einer weiteren Destabilisierung der Märkte führt. Insgesamt geben die Pensionskassen der 2. Säule den RentnerInnen keinerlei Garantie. Es empfiehlt sich deshalb nicht, dieses Modell weiter zu entwickeln.

## Realistische Alternative

Es gibt eine Alternative zum Scheitern der Pensionskassen mit ihrem Kapitaldeckungsverfahren: Das Umlage-Modell der AHV. Dieses Modell kostet wenig: Die Verwaltung der AHV-Gelder kostet 0,3% der bezahlten Summen, d.h. weniger als 8.50 Franken für eine Maximalrente. Dazu kommt der Ausgleichsfonds mit seinen Reserven von rund 23 Milliarden Franken. Auf der anderen Seite stehen die Pensionskassen, die mit ihrem Kapital von über 500 Milliarden Franken meist wesentlich kleinere Rentenbeträge als die AHV versichern. Diese Kapitalreserve entgeht den Erwerbstätigen und den RentnerInnen. Dies zeigt, dass die Erwerbstätigen und RentnerInnen ein Interesse daran haben, langsam aber sicher – mit einer Übergangsfrist von einigen Jahren – ihre verschiedenen Vorsorgemodelle auf ein System mit einer einzigen Säule nach dem Modell der AHV hin weiter zu entwickeln.

Das NEIN zur 11. Revision stoppt den Abbau der AHV und ist ein NEIN zu einer Verschlechterung für Lohnabhängige. Der Ausbau der AHV zu einer existenzsichernden Altersversicherung für alle ist ein Schritt zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Und die AHV wird ihrerseits um so stärker, je gerechter Arbeit und Einkommen, Lasten und Chancen in der Gesellschaft verteilt werden.

# ATTAC Schweiz:
# NEIN zum Steuerpaket und zur Erhöhung der Mehrwertsteuer – NEIN zu einer Steuerpolitik im Dienste der Reichen

*Seit Anfang der 1980er Jahre haben vertritt die Schweizer Regierung eine Politik der „leeren Kassen" – das heisst, eine Reduktion von direkten Steuern, die vor allem die hohen Einkommen und die grossen Unternehmen treffen. Die Mindereinnahmen, die so entstanden, wurden dazu benutzt, die Reduktion der Ausgaben zu rechtfertigen. Lohnabhängige mit tiefem Einkommen wurden dadurch doppelte VerliererInnen: Zum einen hatten sie nichts oder praktisch nichts von den Steuersenkungen, und zum anderen wurden die Sozialleistungen und andere öffentliche Ausgaben, die ihnen zugute kamen, reduziert. Die Senkung der Steuereinnahmen Ende der 1980er Jahre, die jährliche Mindereinnahmen von 800 Millionen Franken zur Folge hatten, begünstigte während der Krise Anfang der 1990er Jahre die starke Zunahme der Defizite und Verschuldung der öffentlichen Hand. Diese Situation benützen die führenden politischen Kreise, um die Liberalisierung und Privatisierung des öffentlichen Sektors mit allen sozialen Folgen zu rechtfertigen. In vielen Bereichen wurde Personal entlassen, und wer weiter angestellt blieb, erhielt schlechtere Löhne und Arbeitsbedingungen. Zugleich werden die Subventionen begrenzt – während die Krankenkassenprämien explodieren. Das ist der Preis, den die Mehrheit der Lohnabhängigen und der BenützerInnen öffentlicher Dienstleistungen bezahlt hat, damit die Finanzen der öffentlichen Hand Ende der 1990er Jahre und zu Beginn unseres Jahrhunderts wieder ins Lot gebracht wurden. Nun hat das Parlament unter dem Namen „Steuerpaket" eine Änderung der direkten Bundessteuer beschlossen, die massive Steuererleichterungen zu Gunsten der hohen Einkommen, der Hauseigentümer und des Finanzplatzes Schweiz beinhalten.*

**1. Keine Steuergeschenke für hohe Einkommen: NEIN zum „Steuerpaket"**

- Steuererleichterungen für die hohen Einkommen. Unter dem Titel „Weniger Steuern – mehr Gerechtigkeit" versucht uns die Propaganda des Bundesrates und der Wirtschaftskreise weis zu machen, dass zu stark belastete SteuerzahlerInnen in den Genuss bedeutender Steuererleichterungen kämen. Angeblich würde vor allem der „Mittelstand" profitieren. Tatsächlich aber hat ein verheiratetes Ehepaar mit zwei Kindern, das an zwei Arbeitsstellen von 30 und 70% insgesamt 80 000 Franken verdient, eine Steuerreduktion von weniger als 200 Franken pro Jahr zu erwarten. Für Steuerpflichtige, die mehr als 200 000 Franken verdienen, ist die Steuersenkung interessanter: Sie erhalten eine Entlastung von ungefähr 4000 Franken. Diese Kategorie macht weniger als 2% aller Steuerpflichtigen aus, und hier von „Mittelstand" zu sprechen, scheint ziemlich weit her geholt.
- Reduktion der Stempelsteuer. Vorgesehen ist eine Reduktion des Umsatzstempels. Diese Abgabe wird auf Transaktionen von Schweizerischen und ausländischen Wertpapieren erhoben. Die Senkung der Stempelsteuer wird daher vor allem jene Kreise begünstigen, die am meisten in Wertpapiere investieren: Banken, Versicherungen und besonders begüterte Personen. Für Banken und Versicherungen hat der Bundesrat die Stempelsteuer mit dringlichen Bundesbeschlüssen bereits weitgehend abgeschafft. Mit der Bestimmung, über die am 16. Mai abgestimmt wird, soll diese Abschaffung im Gesetz verankert und auf die Pensionskassen ausgedehnt werden. Die Reduktion der Stempelsteuer ist ein Geschenk für den Finanzplatz Schweiz, der die Unterwerfung der Wirtschaft unter die Bedürfnisse der Finanzmärkte vorantreibt und selbst Tausende von Lohnabhängigen auf der Strecke gelassen hat.

Das Steuerpaket ist der erste Frontalangriff dieser Grössenordnung auf die direkte Bundessteuer. Werden diesen Massnahmen angenommen, so entstehen Mindereinnahmen in der Höhe von 5 Milliarden Franken. Für die Politik der „leeren Kassen" wäre dies ein starkes Argument, um neue massive Kürzungen bei den Ausgaben zu rechtfertigen. Und dies nicht nur auf Bundesebene, sondern auch in den Kantonen, wo Sparmassnahmen verschärft würden. Zum einen würden die Arbeitsbedingungen noch mehr verschlechtert, Löhne und Stellen im öffentlichen Sektor würden reduziert. Zum andern würden Menschen mit bescheidenem Einkommen bestraft, indem die – bereits bescheidenen – Leistungen, die sie heute noch erhalten, gekürzt oder gestrichen würden.

**2. Keine unsoziale Steuer: NEIN zur Erhöhung der Mehrwertsteuer**

Als weitere steuerpolitische Massnahme ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (MWSt) um 1,8% vorgesehen: 1% für die Finanzierung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV) und 0,8% für die Finanzierung der Invalidenversicherung (IV).

Die Regierung und die in ihr vertretenen Parteien (mit Ausnahme der SVP) präsentieren diese Massnahme als tragbare Anstrengung zur Rettung der IV und zur Absicherung der AHV-Finanzierung für die nächsten Jahre. Tatsächlich aber stellt man uns vor folgende Wahl: Entweder wir nehmen eine unsoziale Steuer an und retten damit für den Moment die IV und die Zukunft der AHV, oder wir sind verantwortlich für die Finanzierungskrise der beiden Sozialversicherungen. **Diese Gegenüberstellung ist jedoch völlig irreführend.**

Die MWSt ist eine Konsumsteuer, die wie alle indirekten Steuern ungerecht ist. Sie beruht auf einem ungerechten Prinzip, denn der Steuerbetrag bleibt unabhängig vom Einkommen immer gleich. Die MWSt ist insbesondere im Vergleich zu den direkten (progressiven) Steuern und zu den Sozialabgaben (die proportional zum Einkommen erhoben werden) ungerecht.
- In der Strategie des Bundesrats würde die Senkung der direkten Bundessteuer teilweise durch die Erhöhung der indirekten Besteuerung kompensiert werden. Auch wir setzen uns für eine Verschiebung der Steuerlast ein – jedoch in die umgekehrte Richtung!

Die Finanzierung der AHV ist gesichert. Wenn die finanzielle Grundlage der AHV verstärkt werden soll, so muss man sich in erster Linie für die Vollbeschäftigung einsetzen, um so die Einnahmen dieser Sozialversicherung zu erhöhen. Die IV hat indessen tatsächlich Finanzierungsschwierigkeiten, weil immer mehr Lohnabhängige der Intensivierung des Arbeitsrhythmus und der Verschlechterung von Arbeitsklima und Arbeitsbedingungen zum Opfer fallen. Die Sanierung der IV auf Kosten der Lohnabhängigen ist somit eine doppelte Ohrfeige. Eine Alternative wäre eine Anhebung der Beiträge, die proportional zum Einkommen gestaltet sind.

# Es geht auch anders
## Ver.di und ATTAC stellten Konzept für eine »solidarische Einfachsteuer« vor

Rainer Balcerowiak, Jungewelt

Wenige Stunden, bevor die Ergebnisse der offiziellen Steuerschätzung für das laufende und die kommenden Jahre in Gotha offiziell verkündet wurden, präsentierten die Gewerkschaft ver.di und das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC am Donnerstag ihr Konzept für eine »solidarische Einfachsteuer«.

Das von sieben renommierten Wirtschafts-wissenschaftlern, darunter Rudolf Hickel von der Memo-Gruppe und Achim Truger von der Hans-Böckler-Stiftung, erarbeitete Modell basiert auf einem Grundfreibetrag von 8 000 Euro, einem Eingangssteuersatz von 15 Prozent und einem linear-progressiven Tarif, der bei einem zu versteuernden Einkommen von 60 000 Euro seinen Höchstsatz von 45 Prozent erreicht. Ein weiterer Eckpunkt ist die gemeinsame Erfassung und steuerliche Gleichstellung aller Einkommensarten, also abhängige Arbeit, Zins- und Dividendenerträge, Miet- und Pachtein-nahmen sowie Gewinne aus unterneh-merischer oder freiberuflicher Tätigkeit. Das Konzept sieht ferner die Kappung des Ehegattensplittings auf dem Niveau des Grundfreibetrags, die Wiedereinführung der Vermögens- und die Neugestaltung der Erbschafts- und Schenkungssteuer vor. Durch obligatorische Kontrollmeldungen der Banken über Finanztransaktionen soll die grassierende Steuerhinterziehung erschwert werden. Vorgeschlagen wird auch die Einführung einer unbegrenzten Steuerpflicht für im Ausland erzielte Gewinne deutscher Unternehmen nach deutschem Recht und die Veranlagung aller deutschen Staatsbürger nach hiesigen Tarifen, auch wenn sie ihren Wohnsitz im Ausland nehmen. Die Autoren verweisen dabei auf entsprechende Regelungen in den USA und anderen Staaten. Flankierend sollen auch Steuersubventio-nen und Abschreibungsmöglichkeiten weiter reduziert werden.

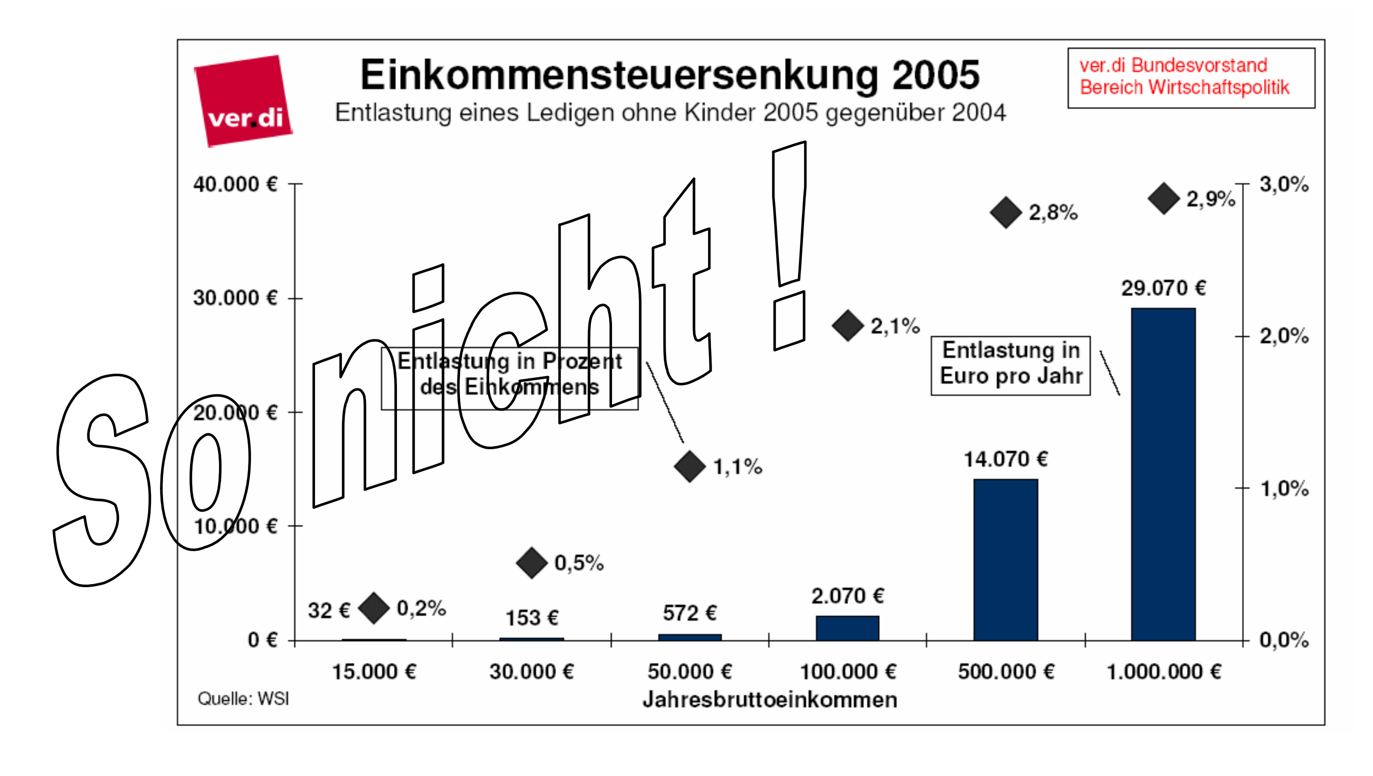
Zur Vermeidung sozialer Härten für Klein- und Durchschnittsverdiener sollen jedoch die Steuerfreiheit für Nacht-, Sonntags- und Schichtzulagen sowie die Entfernungspauschale in begrenztem Umfang erhalten bleiben. Die steuerliche Absetzung von Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen soll auf die Altersvorsorge und auf Unterhalts-zahlungen beschränkt werden. Einen Dissens gibt es innerhalb der Autoren-gruppe und unter den unterstützenden Organisationen bei der Eigenheimzulage. Während ATTAC aus ökologischen und sozialen Gründen die Abschaffung dieser Steuersubvention fordert, verwies ver.di-Vizechefin Margret Mönig-Raane auf die gegenteilige Beschlußlage ihrer Organisa-tion, wo sich die Fraktion der gut verdie-nenden Häuslebauer durchgesetzt hatte.

Bei einer derartigen Steuerreform gehe es nicht um »Nettoentlastungen« für alle, wie sie in den Modellen von CDU-Fraktionsvize Friedrich Merz und dem Steuerexperten Paul Kirchhoff im Mittelpunkt stünden, betonte Sven Giegold von ATTAC. Von den dort avisierten Entlastungen würden in erster Linie die Vermögenden profitieren. Zudem müsse Schluß sein mit der »Ruinierung der öffentlichen Finanzen« Läge die Steuerquote, also der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt, noch auf dem Stand von 2000, hätte der Staat im laufenden Haushaltsjahr 50 Milliarden mehr Einnahmen. Statt dessen seien durch immer neue »Sparmaßnahmen« und Sozialkürzungen sowohl die – auf einen historischen Tiefststand gesunkene – öffentliche Investitionstätigkeit als auch die Binnennachfrage stranguliert worden, was wiederum ursächlich für Massen-arbeitslosigkeit und weitere Steuerausfälle sei, so Giegold.

Laut den Berechnungen den Autoren würden die vorgeschlagenen Änderungen im geltenden Steuerrecht zuzüglich der Wiedereinführung der Vermögenssteuer zu jährlichen Steuermehreinnahmen in Höhe von 32 Milliarden Euro führen, wobei die mögliche Streichung der Eigenheimzulage noch gar nicht eingerechnet ist.

Doch die neoliberale Realität sieht anders aus. Aus dem gestern mittag in Gotha vom Arbeitskreis Steuerschätzung präsentierten Zahlenwerk geht hervor, daß den öffentli-chen Kassen bis Ende 2007 voraussicht-lich Steuereinnahmen von insgesamt 61 Milliarden Euro fehlen werden. Allein für das laufende Jahr werden demnach im Vergleich zur November-Schätzung zusätzliche Steuerausfälle von 9,6 Milliarden Euro erwartet.

Das vollständige Steuerkonzept ist von der ATTAC-Website (www.attac.de) herunterzuladen



# Attac Österreich
# begrüßt Vorstöße für Harmonisierung der Gewinnbesteuerung in der EU

Presseaussendung 18.05.2004:

**Mindestbesteuerung auf hohem Niveau gefordert**

In den letzten Tagen tauchten mehrere Vorschläge für die Harmonisierung der Unternehmensgewinnbesteuerung auf, um den EU-internen Wettlauf um die geringste Körperschaftssteuer zu stoppen. Attac Österreich spricht sich seit langem für eine einheitliche Gewinnbesteuerung innerhalb der EU aus. "Eine Währungsunion, einen Binnenmarkt und gemeinsamen Kapitalmarkt zu kreieren aber die Besteuerung der darin handelnden Unternehmen uneinheitlich zu lassen,ist ein schwerer Konstruktionsfehler“ so Nonno Breuss, Steuergerechtigkeitsexperte von Attac Österreich.

Hohes Niveau gefordert

Jetzt nur eine Mindestsockelung auf Niedrigstniveau einzuführen, wäre eine klare Zielverfehlung. Finanzminister Karl-Heinz Grasser hatte am 2. Februar gegenüber den Financial Times ein persönliches Ziel von nur 15 Prozent verlautbart. Für Attac gilt es, mindestens das jetzige Durchschnittsniveau festzuschreiben. „Alle Unternehmen in der EU sollen wieder 35-40 Prozent Gewinnsteuern zahlen. Das ist durchaus zumutbar. Vor nur einer Generation waren es noch 50 Prozent“, so Breuss.

Kommission bremst

Während Frankreich und Deutschland sich klar für eine Beendigung des Steuerwettbewerbes in der EU ausgesprochen haben, steht die Kommission noch immer auf der Bremse. Sie befürwortet Steuerwettbewerb, da er Staaten dazu zwingen würde effizienter mit öffentlichen Steuermitteln um zu gehen. Breuss widerspricht: „Das reale Ergebnis von Steuerwettbewerb ist zutiefst asozial. Mobile Gewinne und Vermögen werden entlastet und die Arbeitseinkommen müssen den gesamten Staat tragen. Das Aufkommen aus Unternehmensgewinnen hat sich bereits halbiert, das Aufkommen der Lohnsteuer verdreifacht“.

Globale Verantwortung gefragt

Während die Politik erst zögerlich über nationale Grenzen hinausblickt, arbeitet die Zivilgesellschaft bereits sei drei Jahren in globalen Arbeitgruppen an weltweiten Lösungen. Das Modell: EU-Konzerne, die in Niedrigsteuerländern außerhalb der EU Tochterfirmen unterhalten, sollen die Differenz zum EU-Steuersatz in den Mutterländern nachversteuern. "Dadurch würde sich eine steuerbedingte Eröffnung von Filialen in Steueroasen nicht mehr auszahlen. Gleichzeitig könnten Entwicklungsländer wieder angemessen Steuer verlangen. Die Gesamtsteuerbelastung für den Konzern bliebe dabei gleich“, so Breuss.

EU-KandidatInnen schlafen noch

Wer heute noch Steuerwettbewerb befürwortet, der muss verantworten, dass Unternehmen künftig keine Steuern mehr zahlen. Das kann sich politisch niemand leisten“. Attac Österreich fordert alle KandidatInnen zum EU-Parlament auf, eine ehrgeizige, einer sozialer Verantwortung entsprechende Unternehmensbesteuerung einzufordern. "Daran werden wir messen können, ob sie Antworten auf Globalisierung und Standortwettbewerb haben oder nicht", so Breuss abschließend.

Rückfragehinweis:Nonno Breuss
e-mail: nonno.breuss@attac-austria.org

s. auch Flyer zur Steuergerechtigkeit **http://www.attac-austria.org/download/flyer_steuergerechtigkeit.pdf**

# Belgisches Parlament stimmte für Tobin-Steuer

Mit einer deutlichen Mehrheit von 67 zu 42 Stimmen bei 19 Enthaltungen hat das belgische Parlament gestern Abend beschlossen, eine Devisentransaktionssteuer einzuführen, sofern sich weitere europäische Länder anschließen. Nach Frankreich, wo ein solcher Beschluss bereits im November 2001 gefasst worden war, ist Belgien damit das zweite europäische Land, das sich verbindlich für die als "Tobin-Steuer" bekannt gewordene Steuer ausspricht.

"Die Tobin-Steuer ist der Schlüssel, um spekulationsbedingte Finanzkrisen zu verhindern, Gelder für die weltweite Armutsbekämpfung einzunehmen und die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte zu verbessern", sagte Peter Wahl, Mitglied im Attac-Koordinierungskreis und Finanzmarktexperte bei Weed. "Die belgische Entscheidung bedeutet kräftigen Rückenwind für unsere Forderung nach einer europaweiten Einführung. Nun müssen auch die anderen Länder endlich Farbe bekennen."

Auch in Deutschland wächst die Unterstützung für die Tobin-Steuer:
Im Rahmen einer europaweiten Kampagne von 50 NGOs, die in Deutschland von Attac und Weed getragen wurde, haben sich in den letzten Wochen viele Mitglieder des Europaparlaments verpflichtet, die Devisentransaktionssteuer zu unterstützen. Neben den Abgeordneten von Grünen und PDS, die sich geschlossen dafür aussprachen, bekannten sich auch einige SPD-Parlamentarier zu diesem Ziel. Mit der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) Hessen hat sich kürzlich zudem eine wichtige Organisation der CDU für die Tobin-Steuer ausgesprochen.

Grundlage für die Parlamentsentscheidungen in Belgien und Frankreich ist die Weiterentwicklung der Tobin-Steuer durch den deutschen Ökonomen Prof. Paul Bernd Spahn. Dieser hatte im Jahr 2002 in einer Studie für das Entwicklungshilfeministerium eine zweistufige Steuer vorgeschlagen. Der normalerweise niedrige Satz von etwa 0,02 Prozent steigt dabei im Fall einer spekulativen Attacke auf eine Währung rapide an. Zudem hatte Spahn belegt, dass die Einführung der Steuer auf europäischer Ebene machbar und sinnvoll ist.

Für Rückfragen: Peter Wahl

***Texte zur Tobin-Steuer und zu der europaweiten kampagne: http://www.attac.de/tobin/index.php***
***Weltweiter Aufruf von Parlamentariern für die Tobinsteuer:http://www.attac.de/tobin/calltext.php***

## Österreichisches Sozialforum - Aktionen und Termine vom Treffen der Sozialen Bewegungen in Linz, 6. Juni 2004

**Diese Aktionsvorschläge und Termine wurden von einzelnen Gruppen/Personen eingebracht. Vollständige Übersicht unter: http://socialforum.at/sf/texte/Diskursbeitraege/aktionentermine040606/**

**ASF Bildungsgruppe**
Einbringen in Aktionstag 25.9. mit Aktion "Bildung statt Bomben"
Kampagne: Frauen und Bildung
**socialforum.at/sf/bildung**

**Kampagne Steuergerechtigkeit**
im November

**Kampf gegen Softwarepatente**
Aktion organisieren bei zweiter Lesung des Gesetzesantrag (über Mailinglisten) - letzte Chance das Gesetz zu verhindern!

**Friedensvolksbegehren**
Vernetzungstreffen Anfang Juli
Aktivitäten für Herbst vorbereiten

**Jugendforum**
Reflexionstreffen im Herbst: Jugendraum für nächstes ASF - Österreichischer Vorschlag für ESF London, dort bereits einen Jugendraum einzurichten

**WIDE- Women in Development Europe**
Veranstaltung: Menschen- und frauengerechter Handel - Unterschriftenlisten mit konkreten Forderungen an Wirtschaftsminister Bartenstein, die EU-Kommissare Pascal Lamy (Handel) und Franz Fischler (Landwirtschaft) wurden abgeschickt und für die Ökumenische Kampagne mit ähnlichen Forderungen Link: **www.oneworld.at/wide**

**NATO-Gipfel in Istanbul**
Suche nach breiter Unterstützung gegen diesen Gipfel und gegen den Angriff auf demokratische Vereine in der Türkei (Im Namen von Antiterror-Massnahmen vor dem Gipfel) - Demo am 26.Juni
Solidarität mit betroffenen Organisationen und AktivistInnen notwendig Link: **www.resistanbul.org** / resistanbul@hotmail.com

**Kampagne zur Gesundheit**
Kampagne anlässlich der abzusehenden Gesundheitsreform im Herbst 2004: die Gruppe Social-Attac-Wien-Gesundheit und auch die Plattform gegen die Zerschlagung der Sozialversicherung planen verstärkte Aktivitäten. Auch der ÖGB plant für den Herbst eine große Kampagne zur Gesundheit.

**Feministisches Forum**
eigene feministische Vorbereitungskonferenz, um eigenen Raum (Räume) autonom durch Feministinnen vorzubereiten.

**Friedensforum**
Friedensforen werden dokumentiert 22./23. Oktober: Forum Friede und Gewaltfreiheit in Salzburg

**Interreligöser Dialog**
Gründung Plattform: Religion und Wirtschaft
Kontakt: friedenschristInnen@gmx. at

**Hiroshima-Tag**
An den Jahrestagen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima (6. August) und Nagasaki (9. August) finden Aktionen zum Gedenken an die Opfer und für eine atomwaffenfreie Welt statt.
**www.hiroshima.at**

**Treffen der Sozialen Bewegungen**
ASF von Jahr zu Jahr als Raum - daher eigener Termin "Treffen der sozialen Bewegungen"
18. September: Österreichweites Treffen der sozialen Bewegungen, um Kampagnen zu bündeln -
soll unabhängig von ASF laufen, um Beschlussfähigkeit erreichen zu können (Vorschlag Treffen 11./12. September Friedenswerksatt Linz soll für einen Tag auch am 18. 9. stattfinden)

**Nächstes österreichweites ASF-Vorbereitungstreffen**
19. September 2004: 1. Österreichweites Vorbereitungstreffen ASF05 in Linz

## Europäisches Sozialforum in London, Oktober 2004

### Bericht der deutschen Vorbereitungsgruppe über die Europäischen Vorbereitungsversammlung für das ESF 2004 am 19./20. Juni in Berlin

(…) Der bisher vorgeschlagene Titel heißt "Ein anderes Europa in einer anderen Welt" – Untertitel können von den nationalen Koalitionen hinzugefügt werden, je nachdem welcher Aspekt für ihre Mobilisierung wichtig ist.

In Großbritannien arbeiten inzwischen 70 Organisationen im Organisationskomitee für das ESF mit – mit dabei große Gewerkschaften wir Unison, RMT, CWU, NUT; die Muslim Association of Britain, die Synode der Reformierten Kirche in Nord London, das Tobin Tax Network, die verschiedenen Organisationen der Antikriegsbewegung und der Antirassistischen Bewegung u.v.m. (Liste siehe http://www.fse-esf.org/en/affiliates.html ).

Das ESF beginnt am 14.10. abends mit einer großen Eröffnungsveranstaltungen. Plenarveranstaltungen, Seminare und Workshops finden Freitag und Samstag statt. Sonntagvormittag, den 17.10. findet die Versammlung der Sozialen Bewegungen statt. Parallel dazu ist Raum für Seminare und Workshops für die Anbieter, denen es nichts ausmacht ihre Veranstaltung parallel zur Versammlung der Sozialen Bewegungen zu haben.

Am Sonntagnachmittag wird das ESF mit einer großen Demonstration beendet, die mit einem Konzert auf dem u.a. Asian Dub Foundation spielt endet.

Die meisten Veranstaltungen finden im Alexandra Palace, einem großen Veranstaltungszentrum in Nordlondon statt, weitere Veranstaltung im Stadtteil Bloomsbury (central london).

Im Rahmen des ESF gibt es selbstorganisierte Räume. Diese selbstorganisierten Räume werden im Programm angekündigt.

**Programm**

Die Plenartagungen des ESF werden um sechs Themenachsen gruppiert:

**Achse 1: Krieg und Frieden**

1. Welche Zukunft kann Palästina haben?
2. Schluss mit der Besatzung des Irak
3. Strategien für Frieden und weltweite Abrüstung - gegen Atomwaffen und Militärbasen weltweit

4. Kriege in Europa überwinden: Kurden, Balkan, Tschetschenien
5. Kampf gegen den US-Imperialismus

**Achse 2: Demokratie und Grundrechte**

1. Für ein demokratisches und soziales Europa - das Demokratiedefizit der EU, Kritik der "EU-Verfassung", partizipatorische Demokratie
2. Für eine gemeinsame Basis der Grundrechte - Bürgerrechte, politische, wirtschaftliche, soziale, Umwelt- und kulturelle Rechte
3. Für ein Europa der Rechte der Völker - und das Problem der Staatsbürgerschaft
4. Für ein Europa der Solidarität zwischen den Völkern - die Kooperation zwischen Ost und West, Nord und Süd
5. Frauen im Kampf gegen Unterdrückung - Neoliberalismus, Patriarchat und feministische Strategien

**Achse 3: Soziale Gerechtigkeit und Solidarität:**
**Gegen die Privatisierung, für Arbeiter-, soziale und Frauenrechte**

1. Globalisierung: Arbeit und Arbeiter - Analyse und Vorschläge; die Organisation der Arbeiter angesichts der globalisierten Weltwirtschaft und die Rolle der transnationalen Konzerne
2. Verteidigung und Entwicklung der öffentlichen Dienste und des Wohlfahrtsstaates
3. Arbeit und soziale Rechte: kollektive Rechte gegen Ausbeutung und Deregulierung
4. Der gemeinsame Kampf gegen Ungleichheit und für die Schaffung sozialer und wirtschaftlicher Alternativen - die Rolle einer solidarischen Ökonomie
5. Der Zugang zum Wissen: Kultur, Bildung, geistiges Eigentum und die Medien

**Achse 4: Die Globalisierung der Großkonzerne und die globale Gerechtigkeit**

1. Europäische Wirtschaft und die Weltwirtschaft: die Welthandelsorganisation und die Verantwortung der EU für einen gerechten Handel
2. Schulden, Hilfe, Armut, Reparationen und die G 8
3. Unsere Welt ist keine Ware: gegen die Privatisierung von Bildung, Gesundheit und der Gemeingüter
4. Stimmen des Widerstandes und die Alternativen aus dem Süden: Lernen von Lateinamerika, Afrika, den Mittelmeerländern und Asien
5. Finanzspekulation und Steuergerechtigkeit: der Internationale Währungsfonds und die Weltbank

**Achse 5: Gegen Rassismus, Diskriminierung und Rechtsextremismus, für Gleichheit und Vielfalt**

1. Vereint im Kampf gegen den Rassismus
2. Stoppt Faschismus und Rechtsextremismus in Europa
3. Für das Recht auf Asyl, für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten
4. Muslime in Europa: Perspektiven und Herausforderungen

**Achse 6: Umweltkrise: Gegen Neoliberalismus, für nachhaltige Gesellschaften**

1. Sucht nach Öl: Energiepolitik, Macht der Konzerne und globaler Klimawechsel
2. Die Politik auf deinem Teller: Europäische Landwirtschaft, ihre globalen Folgen und ihre Zukunft
3. Das Ende der Mythen von Entwicklung und Wachstum: Wege zu einer nachhaltigen Gesellschaft
4. Die europäische Verantwortung für die Umweltkrise

Damit finden insgesamt 28 Plenarsitzungen statt. Es wird am Freitag (15. 10.) und Sonnabend (16. 10.) je vier Veranstaltung je Raum geben, am Sonntag (17.10.) morgens nochmals eine. Auf jeder Plenartagung sollen in der Regel nicht mehr als 5 RednerInnen sprechen; insgesamt sollen 50 % der RednerInnen Frauen sein. Die meisten Veranstaltungen werden 2 Stunden dauern.

Die Anmeldung von selbstorganisierten Seminaren oder Workshops kann über die Webseite erfolgen.
(…). Die angemeldeten Seminare sind auf der Homepage (über www.fse-esf.org) einzusehen.
(…) Das Übersetzer-Netzwerk Babels stellt wieder die Übersetzung sicher und bemüht sich um eine Vielzahl von Sprachen.

**Organisatorisches**
(…) Die web site www.fse-esf.org wird nach dem 7. Juli für Registrierung und alle Auskünfte zur Verfügung stehen.

**Solidaritätsfonds**
Ein Solidaritätsfonds, der aus 10% der Eintrittspreise finanziert wird, soll die Teilnahme von Menschen aus Osteuropa und Flüchtlingen ermöglichen.
Darüber hinaus sind alle nationalen Koalitionen aufgerufen Unterstützung für Menschen mit wenig oder gar keinem Einkommen zu sammeln.

**Visa**
Das ESF-Organisationskomitee stellt mit einer Visa-Arbeitsgruppe, in der Anwälte und erfahrene Aktivisten mitarbeiten, Unterstützung für drei Gruppen von Teilnehmern bereit:
1. Menschen, die ohne offizielle Papiere in der EU leben ("Illegale" oder "sans-papiers")
2. Menschen, die in der EU leben und eine Aufenthaltberechtigung haben, aber nicht reisen dürfen
3. Menschen, die Bürger von Nicht-EU-Länder oder Beitrittsländern sind

Informationen und Leitfäden, was zu tun ist, wird für diese Gruppen von Teilnehmern so bald es geht auf die ESF-Homepage gestellt.(…)

**Transport**
Alle nationalen Mobilisierungsbündnisse sind aufgefordert, freie Busplätze für Flüchtlinge, Asylbewerber und Menschen ohne Einkommen bereitzustellen.

**Versammlung der Sozialen Bewegungen**
Zur Vorbereitung der Versammlung der Sozialen Bewegungen wurde eine offene Arbeitsgruppe eingesetzt, die auf der nächsten Vorbereitungsversammlung in Brüssel, am 4./5. September 2004 einen Vorschlag für die Durchführung der diesjährigen Versammlung der sozialen Bewegungen macht. Es wurde diskutiert, dass der Entwurf der EU-Verfassung mit seinen Implikationen in Sachen Demokratie, Aufrüstung und Sozialabbau im Mittelpunkt stehen sollte. Ein gemeinsamer europaweiter Aktionstag – oder mehrere – werden auf der Tagesordnung stehen.

**Kultur**
Innerhalb der „Bewegung der Bewegungen" organisieren sich diesmal Aktivisten aus Kunst und Kultur, um (…). ein als integraler Bestandteil des ESF konzipiertes „Festival des Widerstands" verknüpft die Reflexion über Kulturpolitik und Theorie mit kultureller Aktion vor Ort.
(…). Das Kulturfestival soll allen Arten von Kunst und Kultur Platz bieten. Für alle Vorschläge und Events gilt folgendes ANMELDEVERFAHREN: Auf der ESF Homepage (http://www.fse-esf.org/en/culture.html ) gibt es unter "culture" eine Maske, die ihr mit eurem Vorschlag ausfüllen könnt.

Gleichzeitig werden Persönlichkeiten mit "öffentlicher Bedeutung" eingeladen - bisher sind Einladungen raus gegangen an z.B. Dario Fo, Michael Moore, Asian Dub Foundation, Coldplay, Radiohead usw. (meiner Erfahrung nach klappt das Ansprechen sehr gut, denn die Sozialforen sind nun mal die fettesten Events des internationalen Widerstands)

**Mobilisierung**
Wir rufen alle Organisationen, Bewegungen und Netzwerke auf, sich in die Vorbereitung für das ESF einzubringen und sicherzustellen, dass aus allen Regionen Fahrtmöglichkeit für Interessierte zur Verfügung stehen.(…) Die Initiative für ein Sozialforum in Deutschland stellt dazu auf ihrer Homepage Informationen zur Verfügung

*Hugo Braun (Organisatorisches, Versammlung der Sozialen Bewegungen) esf@h-braun.org*
*Christine Buchholz (Erweiterung, Versammlung der Sozialen Bewegungen) christine.buchholz@web.de*
*Erhard Crome (Programm) crome@rosalux.de*
*Kristine Karch (Programm) kristine@netzwerk-cuba.de*
*Willi van Ooyen (Krieg und Frieden, Büro) willi.vanooyen.gst@pw-ffm.de*
*Margarita Tsomou (Kultur) margat@gmx.de*

## Prof. Helmut Spitzley vom Bremer Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW)

# Arbeitszeitverlängerung ist beschäftigungs- und familienpolitisch kontraproduktiv

Für einzelne Unternehmen wie Siemens und Thomas Cook mag es verlockend sein, von ihren Belegschaften längere Arbeitszeiten zu fordern. Wenn alle so handelten, würden die gesellschaftlichen Probleme allerdings nicht gelöst, sondern sogar verschärft. Der Arbeitswissenschaftler **Prof. Helmut Spitzley vom Bremer Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW)** erläutert, weshalb die Forderung nach allgemeiner Arbeitszeitverlängerung in die Irre führt.

**1. Wer meint, die Deutschen seien „Freizeitweltmeister", irrt**

Wenn längere Arbeitszeiten gefordert werden, wird dies in der Regel damit begründet, dass die Deutschen im internationalen Vergleich zu kurz arbeiten. Diese Auffassung ist falsch. Die tatsächliche Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland liegt im Schnitt zweieinhalb Stunden über dem Tarifniveau, exakt bei 39,9 Stunden (EU-Durchschnitt: 40 Stunden). Auch bei der Jahresarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten liegt Deutschland mit 1760 Arbeitsstunden im Mittelfeld. In Großbritannien (1962 h) wird länger, in den Niederlanden (1716 h), Italien (1695 h) und Frankreich (1689 h) aber deutlich kürzer gearbeitet.

**2. Die deutsche Wirtschaft ist international wettbewerbsfähig und höchst erfolgreich**

Durchschnittliche Jahresarbeitszeiten allein sind kein aussagefähiger Standortfaktor, da viele andere Faktoren mit berücksichtigt werden müssen. In Ländern mit relativ kurzen Arbeitszeiten wird besonders intensiv und produktiv gearbeitet. Nach Angaben der europäischen Statistikbehörde Eurostat liegt die Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde in Deutschland mit 106,8 Euro überdurchschnittlich hoch, während die Arbeitsproduktivität in Großbritannien, dem Land mit den längsten Arbeitszeiten mit 85,5 Euro weit darunter und deutlich niedriger liegt als in den Ländern mit kurzen Arbeitszeiten wie z.B. den Niederlanden mit 116,9 und Frankreich mit 117,9 Euro.

Wie produktiv und konkurrenzfähig in Deutschland gearbeitet werden kann, zeigt sich auch daran, dass Deutschland pro Kopf der Bevölkerung am meisten exportiert. Im Jahre 2003 lagen die Exporte aus Deutschland mit 748 Mrd Dollar sogar deutlich höher als die der USA (724 Mrd Dollar) und Japan (472 Mrd Euro).

Auch andere Indikatoren wie die Entwicklung der Lohnstückkosten oder die wirtschaftliche Leistungsbilanz belegen, dass die deutsche Wirtschaft wettbewerbsfähig ist. Wenn also ausgerechnet in Deutschland, dem Land mit überdurchschnittlicher Produktivität und erheblichen Export- und Leistungsbilanzüberschüssen die Arbeitszeiten verlängert würden, hätte dies unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeitszeitregulierung in anderen Ländern. Es droht ein - von Deutschland initiiertes - wechselseitiges Hochschaukeln und eine Arbeitszeitverlängerungsspirale, deren Ende nicht absehbar ist.

**3. Arbeitszeitverlängerung ist beschäftigungspolitisch kontraproduktiv**

In Einzelfällen mag aus Gründen der Standortsicherung ein Absenken der Arbeitskosten schwer abzuweisen sein. Bei einer Verallgemeinerung von Arbeitszeitverlängerung drohen aber gesellschaftlich negative Folgen.

Wenn in einem durchschnittlichen Unternehmen die Arbeitszeit von 35 auf 40 Wochenstunden angehoben wird, steigt unmittelbar auch die Arbeitskapazität um 15 Prozent. Da dem aber kaum eine wachsende Nachfrage im gleichen Umfang gegenüber steht, entstünden personelle Überkapazität von ebenfalls 15 Prozent. Mit anderen Worten: Jeder 7. Arbeitsplatz wäre in Gefahr.

Ein Beispiel: Bei den Bremer Stahlwerken ARCELOR sind derzeit 4200 Personen beschäftigt. Bei einer Arbeitszeitverlängerung um 5 Stunden entsteht ein Personalüberhang von 600 Stellen. Dies bedeutet, dass auf Jahre hinaus keine Einstellungen mehr erfolgen könnten. Im Gegenteil: Als Folge der Arbeitszeitverlängerung würden Stellen abgebaut und sogar betriebsbedingte Kündigungen wären wahrscheinlich. Beschäftigungspolitisch wäre eine allgemeine Verlängerung der Arbeitszeiten also ein Schritt in die falsche Richtung.

**4. Arbeitszeitabsenkung hat sich beschäftigungs-politisch bewährt**

Bei real fast 7 Mio Erwerbsarbeit suchenden Menschen in Deutschland sollte daher weniger an eine Verlängerung als an eine faire Verteilung und Absenkung von Arbeitszeiten gedacht werden. Das zeitweilige Absenken der Arbeitszeit hat sich z.B. in der deutschen Metall- und Elektroindustrie als beschäftigungspolitische Handlungsoption gut etabliert. Prominentes Beispiel ist die „4-Tage-Woche" bei Volkswagen. Ähnliche Vereinbarungen finden sich mittlerweile nicht nur bei OPEL, der Lufthansa oder der Telekom, sondern auch bei vielen kleinen und mittleren Unternehmen.

Wie eine vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall veröffentlichte repräsentative Befragung zeigt, hat bereits jedes 5. Unternehmen der deutschen Metall- und Elektroindustrie mindestens einmal von beschäftigungssichernder Arbeitszeitabsenkung Gebrauch gemacht. Es handelt sich dabei offenbar um eine konsensfähige und erfolgreiche Handlungsoption. Denn nach unseren Untersuchungen bewerten Geschäftsleitungen (73 vH) und Betriebsräte (61 vH) ihre praktischen Erfahrungen mit beschäftigungssichernder Arbeitszeitabsenkung insgesamt positiv.

**5. Die Menschen in Europa wollen nicht länger, sondern kürzer arbeiten.**

Wie eine repräsentative Befragung in 16 europäischen Ländern zeigt, steht die Forderung nach Arbeitszeitverlängerung im Widerspruch zu dem, wie Menschen in Europa tatsächlich arbeiten wollen. Auf die Frage „Wie viele Stunden pro Woche möchten Sie arbeiten – vorausgesetzt, dass Sie (und ihr/e Partner/in) ihre Arbeitszeit frei wählen könnten und wenn Sie daran denken, ihren Lebensunterhalt verdienen (zu) müssen?" gaben 35 vH an, dass ihre Arbeitszeit ihren Wünschen entspricht, 11 vH würden gerne länger arbeiten, aber 49 vH möchten ihre Arbeitszeit verkürzen. Per Saldo würden die Beschäftigten ihre Arbeitszeit gerne um 5 Stunden pro Woche reduzieren.

**6. Kürzere Arbeitszeiten und Arbeitsumverteilung findet Zustimmung besonders bei jun-gen Menschen**

Anders als manche Politiker, Arbeitgeber und Gewerkschafter vermuten, scheint die Bereitschaft zur Umverteilung von Arbeit beachtlich groß zu sein. In einer repräsentativen Untersuchung der Arbeitnehmerkammer Bremen wurde folgende Frage gestellt: „Ein Modell zur Reduzierung von Arbeitslosigkeit heißt ‚Arbeit für alle – mit 30 Stunden pro Woche' (ohne Lohnausgleich). Würden Sie bei diesem Modell mitmachen?" Zwei Drittel aller Befragten antwortete mit „Ja". Die Unterstützung war besonders bei jungen Menschen überdurchschnittlich groß. Von den 18 – 25jährigen sprachen sich 74,5 Prozent für dieses Modell aus.

**7. Arbeitszeitverlängerung ist kinder- und familienfeindlich**

Wenn Politiker mehr Kinder, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Geschlechtergerechtigkeit fordern und gleichzeitig auf eine generelle Arbeitszeitverlängerung dringen, handeln sie widersprüchlich. Die Familienforscherin Karin Jurczyk vom Deutschen Jugendinstitut in München bringt es auf den Punkt: „Die Erwerbsarbeit für Männer ist ohnehin zu lang. Wenn Männer mehr Zeit für Kinder haben wollen und wenn es ernst sein soll, dass Frauen gleiche Chancen haben, dann sind längere Arbeitszeiten falsch."

Politiker können nicht einerseits den Familien mehr Aufgaben übertragen, von Männern und Frauen mehr Eigenverantwortung, Übernahme von Betreuungsaufgaben (z.B. Pflege) und zivil-gesellschaftliches Engagement fordern und andererseits ihnen die dafür benötigte Zeit nehmen.

Es wäre gut, wenn die Befürworter längerer Arbeitszeiten auch unter familien-, geschlechter- und demografiepolitischen Aspekten ihre Forderungen noch einmal überdächten.

**Fazit:** Für einzelne Unternehmen mag es verlockend sein, von ihren Belegschaften längere Arbeitszeiten zu fordern. Eine allgemeine Arbeitszeitenverlängerung verstößt aber gegen die Arbeitszeitwünsche der meisten Menschen und würde zentrale gesellschaftliche Probleme nicht lösen, sondern nur weiter verschärfen.

**Hinweise:** www.iaw.uni-bremen.de